

**Das Programm
der Liste Sebastian Kurz –
die neue Volkspartei**
zur Nationalratswahl 2017

Der neue Weg.

**Aufbruch
& Wohlstand**

2/3



**Zurück
an die Spitze.**

Nicht für
irgendwelche
Rankings.
Sondern
für uns alle.



**Aufbruch
& Wohlstand**

2 / 3

Inhalt.

**06 Aufbruch
& Wohlstand.
Für uns alle.**

**Zurück an die Spitze.
Mit weniger Bürokratie
und mehr Vision.
Für uns alle.**

- 20** Fachkräftemangel beheben
- 22** Wachstum und Beschäftigung steigern
- 24** Exportwirtschaft stärken
- 27** Mehr Rechtssicherheit für Unternehmen schaffen
- 29** Unternehmensgründung vereinfachen
- 32** Finanzierung für KMUs erleichtern
- 34** Bürokratie-Abbau endlich umsetzen
- 38** Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutz neu regeln

**Zurück an die Spitze.
Vom Kindergarten
bis zur Hochschule.
Für uns alle.**

- 42** Kinderbetreuung weiter ausbauen
- 44** Qualität der institutionellen Kinderbetreuung erhöhen

- 46** Digitale und kulturelle Kompetenzen in der Schule stärker vermitteln
- 48** Deutschklassen für Kinder mit zu geringem Sprachniveau
- 50** Den Sprung von der Unterrichtspflicht zur Bildungspflicht wagen
- 53** Differenziertes Schulsystem erhalten
- 55** Lehrerinnen und Lehrer als Grundpfeiler des Bildungssystems stärken
- 57** Talent-Management ausbauen
- 59** Benachteiligte Kinder besser unterstützen
- 61** Lehre stärken – Durchlässigkeit erhöhen und Ausbildungsmöglichkeiten modernisieren
- 63** Autonomie der Hochschulen stärken und Zugangsregelungen ermöglichen

**Zurück an die Spitze.
Herkunft mit Zukunft.
Für uns alle.**

- 68** Mit Forschung & Innovation die Zukunft gestalten
- 71** Digitalisierung: Österreich auf die große Veränderung vorbereiten
- 75** Breitensport sichern und Spitzensport erfolgreicher machen
- 77** Respekt und Vielfalt, aber keine falsche Toleranz gegenüber Religionen zeigen
- 79** Österreich als Kulturnation neu beleben

**Zurück an die Spitze.
Mit sauberer Energie
und bester Infrastruktur.
Für uns alle.**

- 84** Verantwortungsvoll mit unserer Umwelt umgehen
- 87** Energieversorgung sicher, sauber und leistbar halten
- 90** Mobilität und Transport: Standort sichern und Wahlfreiheit ermöglichen

92 Schlusswort

Der neue Weg zu Wohlstand.

Wohlstand für alle –
es ist Zeit.
Und mehr als möglich.
Dann nämlich,
wenn alle bereit sind,
aus eigenem Antrieb
mitzuarbeiten.

Im zweiten Teil unseres Programms widmen wir uns der Frage, wie wir langfristig unseren Wohlstand in Österreich erhalten und ausbauen können. Aufgabe des Staates ist es,

die dazu nötigen Rahmenbedingungen und Anreize zu schaffen. Konkret durch ein Eindämmen der Regulierungswut, ein durchlässiges und qualitativ

hochwertiges Bildungssystem, Digitalisierung, Forschung und Innovation – und durch einen nachhaltigen und durchdachten Umgang mit unserer Natur. Das Motto ist klar: Zurück an die Spitze – nicht für irgendwelche Rankings, sondern für uns alle.

Aufbruch heißt auch aufwachen: Denn Österreich hat in den letzten Jahren einiges verschlafen. Während Deutschland und andere Länder kräftig gewachsen und an uns vorbeigezogen sind, hat man davon bei uns nur wenig mitbekommen. Auch wenn sich in den letzten Monaten erste Anzeichen einer Verbesserung gezeigt haben, so sind wir in den

strukturellen Fragen immer noch weit von der Position entfernt, die wir schon einmal innehatten. Im bekannten Standort-Ranking der renommierten Hochschule IMD (Internationales Institut für Management-Entwicklung) belegen wir im Jahr 2017 nur mehr den 25. Platz. 2007 waren wir noch auf Platz 11. Im Bereich der Fiskalpolitik sind wir im Jahr 2017 sogar auf Platz 61 von 63 Staaten abgerutscht. Unser Ziel muss sein, es wieder an die Spitze zu schaffen – und da liegt noch ein langer Weg vor uns.

Für uns alle.



Mehr Anerkennung, weniger Neid.

Für unsere
Motivation.



Aufbruch und Wohlstand wird es nur mit und nicht gegen die Unternehmen geben.

Wir müssen dafür in vielen Bereichen den Schalter umlegen

– weg vom Suddern und Beschwerden über alles, das nicht gut läuft, hin zu Ideen und Visionen, wie es geht. Wir müssen alle Hürden, die

wir als Staat in den letzten Jahrzehnten aufgebaut haben, wieder aus dem Weg

Zusammenhalt und Motivation statt Neid und Missgunst: Wir müssen umdenken – für eine starke Gesellschaft.



räumen, damit Menschen selbst die Initiative ergreifen können. Unternehmerisches Handeln und aktive Arbeitnehmerinnen sowie Arbeitnehmer sind und bleiben die treibenden Kräfte in unserem wirtschaftlichen System, die uns alle nach vorne bringen. Alle Menschen, die den Mut haben, ein Unternehmen zu gründen, anderen Menschen einen Arbeitsplatz bieten und das Risiko wirtschaftlicher Unsicherheit auf sich nehmen, sollten Wertschätzung statt Missgunst und Neid erfahren.



Bürokratie abbauen, Digitalisierung ausbauen. Für unseren Erfolg.



Auch der überbordenden Bürokratie müssen wir den Kampf ansagen.

Behörden werden als willkürlich wahrgenommen, wie sie geltendes Recht auslegen, Verfahren für wichtige Infrastrukturprojekte ziehen sich über Jahre hin und Unternehmen können sich nicht mehr darauf verlassen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen von heute auch noch morgen gelten werden. Hier braucht es signifikante Vereinfachungen und einen grundsätzlichen kulturellen Wandel.

Unternehmerinnen und Unternehmer sollten nicht mehr unter Generalverdacht der Behörden stehen, sondern Behörden sollten flächendeckend nach dem Motto „Beraten statt Strafen“ Unternehmen dabei unterstützen, die gesetzlichen Auflagen bestmöglich erfüllen.

Einen neuen Aufbruch können wir auch erreichen, indem wir die Chancen der Digitalisierung nutzen – und da fangen wir am besten bei der öffentlichen Verwaltung an. Unser Ziel ist es, die häufigsten Behördengänge so

weit wie möglich zu digitalisieren und in einem einheitlichen Bürgerkonto zusammenzufassen. Alle relevanten Informationen zu Online-Angeboten sollen in einem zentralen Portal zusammengeführt werden. Das schafft mehr Klarheit und Transparenz.

Bürokratie frisst Zeit. Und Zeit ist ein wichtiges Gut in einem ausgefüllten Alltag. Verschaffen wir uns mehr davon!

Unseren Wohlstand absichern können wir nur, wenn wir auch ein gut funktionierendes Bildungssystem haben.

Und das fängt im Kindergarten an. Bereits im Kleinkindalter werden die entsprechenden Grund-

steine für ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben gelegt. Wir müssen sicherstellen, dass

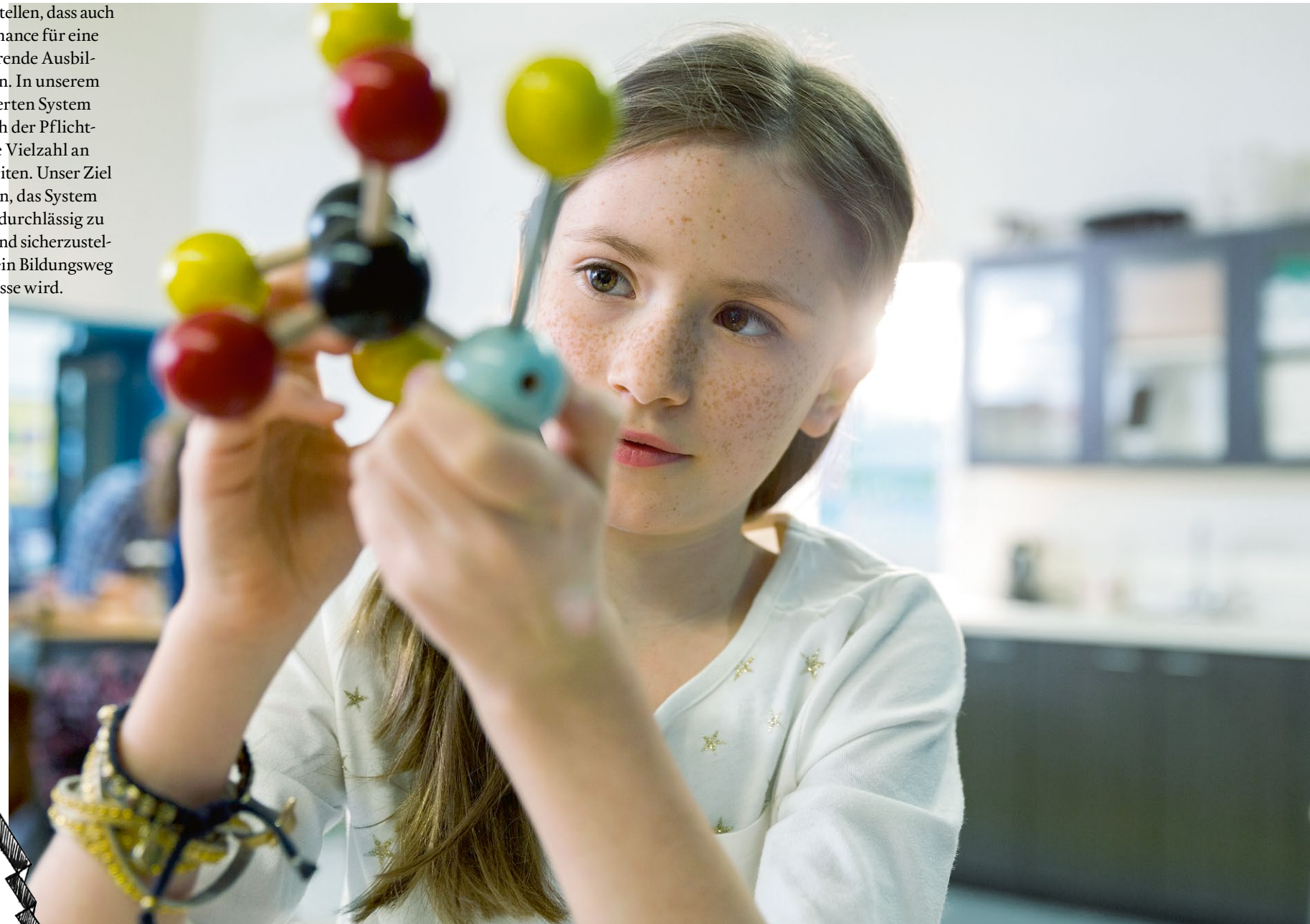
alle Kinder, die in die Schule kommen, ausreichend gut Deutsch können, um dem Unterricht zu folgen.

Bildung darf nicht an der Herkunft scheitern.

Dazu braucht es verpflichtend ein zweites Kindergartenjahr für jene, deren Deutschkenntnisse noch nicht ausreichend sind, und wo notwendig Deutschklassen, bevor die Kinder in den Regelschulbetrieb einsteigen können.

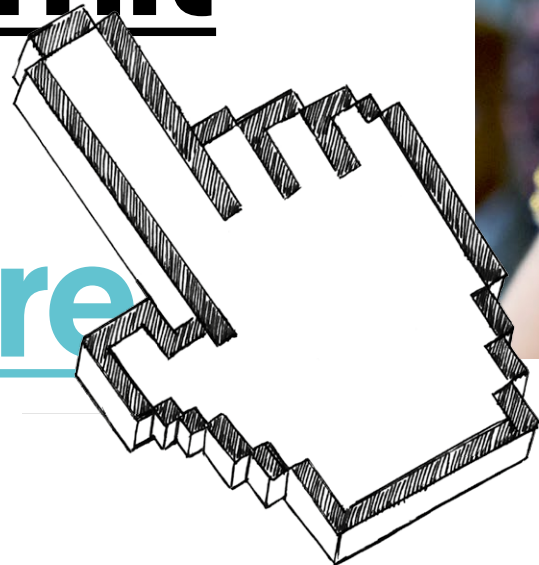
Aber auch wenn die Jugendlichen dann die Pflichtschule verlassen, müssen wir sicherstellen, dass sie die wichtigsten Grundfertigkeiten für das Leben beherrschen. Dazu gehören Fremdsprachen wie auch Digitalkompetenzen. Die Schulpflicht gilt für uns erst dann als erfüllt, wenn man einen Mindeststandard von Rechnen, Schreiben und Lesen vorweisen kann. Mit der neuen Bildungspflicht zählt nicht mehr das Absit-

zen der Pflichtschuljahre, sondern die Kompetenzen, die man braucht, um in der Berufs- und Lebenswelt von heute bestehen zu können. Nur so können wir sicherstellen, dass auch alle eine Chance für eine weiterführende Ausbildung haben. In unserem differenzierten System gibt es nach der Pflichtschule eine Vielzahl an Möglichkeiten. Unser Ziel muss es sein, das System möglichst durchlässig zu gestalten und sicherzustellen, dass kein Bildungsweg zur Sackgasse wird.



Bildung mit System.

Für unsere Zukunft.



Österreich ist eine Kulturnation – dafür sind wir international bekannt. Damit das so bleiben kann, muss sich einiges ändern.

Wir sind aber auch eine Sportnation. Damit wir in mehr Disziplinen als dem Wintersport und einigen wenigen anderen international erfolgreich sein können, brauchen wir eine neue Fokussierung und Zielorientierung.

Vor allem aber haben wir eine Verantwortung für unser schönes Österreich. Die Umwelt zu schützen heißt, mit den Ressourcen sparsam und effizient umzugehen. Unsere Umwelt zu schützen heißt aber auch, Maßnahmen für den Klimaschutz zu setzen. Wir müssen uns für die Auswirkungen des Klimawandels auf Österreich wappnen und richtige Antworten auf Umweltveränderungen von schmelzenden Gletschern bis zu neuen Hochwassergefahren finden. Wir müssen aber auch unseren Teil dazu beitragen, dass die Erderwärmung eingebremst wird, indem wir unsere Treibhausgasemissionen reduzieren. Wir sind heute schon europaweit führend, was die Produktion erneuerbarer

Energie betrifft – jetzt müssen wir durch höhere Effizienz und stärkere Elektrifizierung unsere Abhängigkeit von Energieimporten aus dem Ausland reduzieren. Das schaffen wir nur, wenn wir die Bürokratie abbauen und Infrastrukturprojekte schneller umsetzen können und wenn wir noch besser in der Innovation werden – sowohl was Energienutzung als auch Energieproduktion betrifft.

Wir brauchen eine nachhaltige Entwicklung im Rahmen der Sustainable Development Goals (Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen). Die konsequente Umsetzung der Ziele der Vereinten Nationen muss dabei in allen politischen Arbeitsbereichen mit Nachdruck verfolgt werden.

Kunst, Kultur und Natur machen uns zu dem, was wir sind: Unsere Umgebung, unser Landschaftsbild, unsere Natur und Kultur prägen uns von klein auf.



Kultur und Natur schützen. Für unsere Kinder.



Zusammen können wir vieles erreichen.

Unser Ziel: der gemeinsame Weg. Denn nur zusammen können wir das erreichen, was wir uns wohl alle wünschen. Ein zufriedenes, starkes Österreich.

Unseren neuen Weg wollen wir mit allen Österreicherinnen und Österreichern gehen.

Wir wollen ein Land, das sich im Aufschwung befindet, in dem jeder seine Ideen, seinen Fleiß und seine Talente bestmöglich einbringen kann, wo die Menschen sprühen vor

Begeisterung und Kreativität, wie sie durch ihren Beitrag in Gesellschaft und Wirtschaft das Leben anderer Menschen verbessern können, und wo die Menschen auch zufrieden und selbstbestimmt in Zukunft die Schönheit unseres Landes genießen können.



**Zurück
an die Spitze.**

**Mit weniger
Bürokratie und
mehr Vision.
Für uns alle.**

Fachkräfte- mangel beheben

**# Fachkräfte-
mangel:** Wir brauchen mehr MINT-Absolventen, höhere Durchlässigkeit im Bildungssystem und eine Fachkräfte-Offensive.

Eine Frage, die für den Standort von zentraler Bedeutung ist, ist die Verfügbarkeit von Fachkräften. In Österreich geben ein Drittel der Unternehmen an, dass sie Probleme dabei haben, Stellen mit dem entsprechenden Fachpersonal zu besetzen. Wir müssen sicherstellen, dass wir in Zukunft genügend Absolventinnen und Absolventen in den gefragten Bereichen haben und dass hochqualifiziertes Fachpersonal aus dem Ausland auch leichter nach Österreich kommen kann. Wir müssen die Durchlässigkeit im Bildungssystem erhöhen und brauchen eine Fachkräfteoffensive nach deutschem Vorbild.

Eine ganz wichtige Frage im Standort-Wettbewerb ist die Verfügbarkeit von Fachkräften am Arbeitsmarkt. In Österreich hat ein Drittel der Unternehmen Probleme dabei, Stellen mit dem entsprechenden Fachpersonal zu besetzen. Im IT-Bereich sind es sogar 55%. Auch wenn wir in Österreich mit unserem dualen Ausbildungssystem und dem differenzierten Schulsystem mit vielen berufsbildenden Schulen sehr gut aufgestellt sind, müssen wir hier weiter in die Zukunft investieren.

Für Unternehmen ist die Frage, ob es qualifizierte Arbeitskräfte gibt, mittlerweile ebenso wichtig wie die rechtlichen oder steuerlichen Rahmenbedingungen in einem Land. Wir müssen daher sicherstellen, dass wir mit den entsprechenden Inhalten und einer guten Durchlässigkeit in unserem Bildungssystem die Menschen für die Jobs qualifizieren, die in der Berufswelt auch tatsächlich gefragt sind.

Damit wir in Österreich in Zukunft genügend Fachkräfte haben, müssen wir sicherstellen, dass der Ausbau von qualitativ hochwertigen Studienplätzen an Fachhochschulen und Universitäten im Bereich der mathematischen, ingenieurwissenschaftlichen, naturwissenschaftlichen und technischen (MINT) Fachrichtungen zügig vorangeht. Gleichzeitig brauchen wir auch eine Erweiterung der Kapazitäten an den HTLs und den Ausbau von Informatik-HTLs in allen Bundesländern sowie Vereinfachungen bei der Durchlässigkeit zwischen Lehre, Matura und Studium.

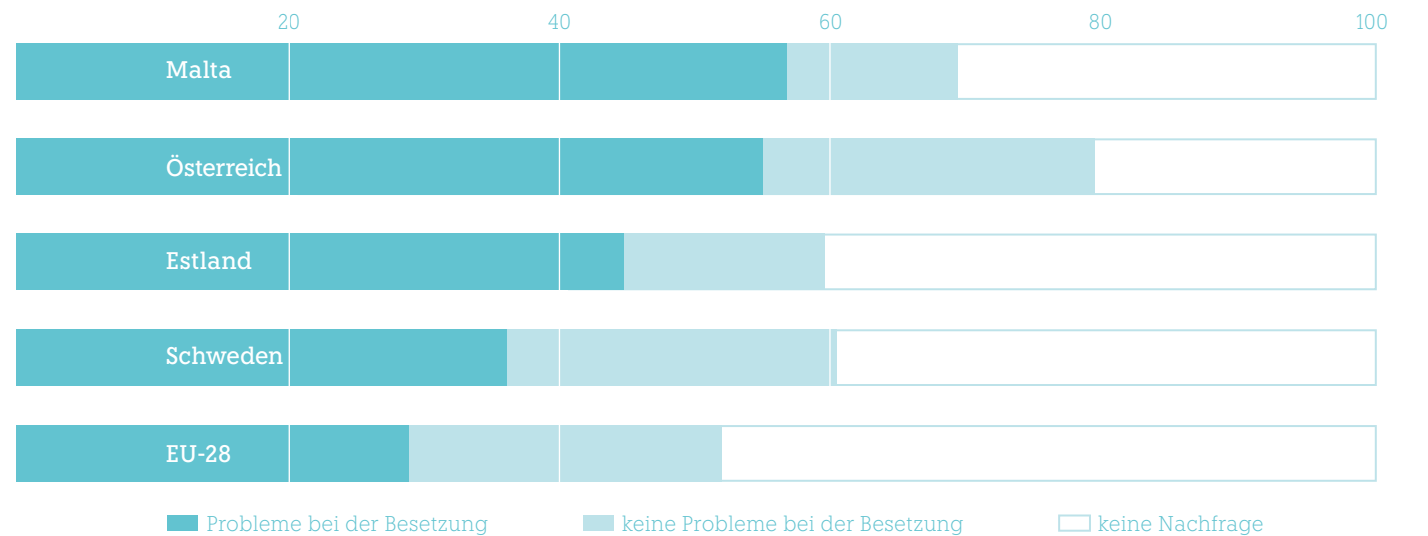
Neue Plattformen, neue Chancen. Unternehmen sind aber heute mehr denn je bereit, selbst in die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu investieren. Hier ist auch das Arbeitsmarktservice noch mehr gefragt – die Zusammenarbeit mit Unternehmen, die auf der Suche nach Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind, sollte intensiviert werden, wenn es um das Anbieten von Kursen und Umschulungen geht.

Ziel ist es, Arbeitsuchende auf einen konkreten Arbeitsplatz hin zu schulen, am besten schon im Rahmen eines Unternehmens, das die Mitarbeiterin oder den Mitarbeiter dann einstellen will.

Um alle Aktivitäten zu bündeln und zu koordinieren, brauchen wir eine „Fachkräfte-Offensive“, wie sie in Deutschland gestartet wurde. Dort haben das Arbeitsministerium, das Wirtschaftsministerium und die Bundesagentur für Arbeit eine gemeinsame Plattform geschaffen, mit der sie sowohl Unternehmen als auch Fachkräfte ansprechen, um zielgerichtet zu unterstützen. ➤

Nachfrage nach IT-Spezialisten im IT-Sektor

Anzahl der Unternehmen in Prozent, 2015



Quelle: Eurostat.
Anmerkung: IT steht für alle technischen Mittel für den Umgang mit Informationen

Unsere Maßnahmen

- Mehr Hochschulabsolventen mit MINT-Schwerpunkt
- Ausbau von Kapazitäten der Informatik-HTLs
- Höhere Durchlässigkeit im Bildungssystem
- AMS-Schulungen verstärkt in Kooperation mit Unternehmen
- Fachkräfteoffensive nach internationalem Vorbild
- Mehr Digitalkompetenzen in allen Schultypen

Wachstum und Beschäftigung steigern

Wirtschaftswachstum steigern durch mehr Investitionen und mehr Konsum

Ein höheres Wirtschaftswachstum ist eine wichtige Grundlage, um unseren Wohlstand auch in Zukunft sichern zu können. Wirtschaftswachstum kann durch mehr Investitionen, mehr Konsum und mehr Exporte gesteigert werden. Wir müssen entsprechende Rahmenbedingungen für eine verstärkte Ansiedelung von Unternehmen schaffen und gleichzeitig jenen, die schon hier sind, attraktive Anreize zur Expansion bieten. Wirtschaftswachstum wird durch drei große Hebel stimuliert: Mehr Investitionen, mehr Konsum und mehr Export. Durch die einheitliche Hebung des Mindestlohns auf 1.500 Euro werden Menschen mit niedrigem Einkommen mehr Geld zur Verfügung haben. Begleitend dazu sollte auch noch die Reduktion der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ausgeweitet werden. Menschen mit niedrigem Einkommen geben zusätzliches Geld, das ihnen am Monatsende bleibt, verstärkt für Konsum aus und bewirken so einen zusätzlichen Wachstumsimpuls. |

Die richtigen Bedingungen für höheres Wirtschaftswachstum zu schaffen, ist eine der wichtigsten Grundlagen, um unseren Wohlstand langfristig absichern zu können. Die Wirtschaft wächst, indem einerseits mehr Unternehmen nach Österreich kommen und hier Wertschöpfung generieren und auf der anderen Seite die Unternehmen, die hier sind, noch mehr investieren, produzieren und verkaufen.

Es ist daher besonders wichtig, uns als attraktiven Standort für internationale Unternehmen, die sich bei uns ansiedeln wollen, zu positionieren. Dazu müssen wir noch pro-aktiver Unternehmen ansprechen, die sich im Entscheidungsprozess für einen neuen Standort befinden und ihnen die Vorzüge vom Wirtschaftsstandort Österreich näherbringen.

Wirtschaftswachstum kann generell durch drei Komponenten gesteigert werden: Mehr Investitionen, mehr Konsum und mehr Export. Die Steigerung der Investitionen kann durch die Ansiedelung und Schaffung neuer Betriebe erreicht werden, aber auch durch verstärkte Investitionen von österreichischen Unternehmen bzw. Unternehmen, die bereits in Österreich tätig sind. Dafür sind entsprechende steuerliche Anreize nötig. Gleichzeitig müssen wir bürokratische Hürden abbauen, die vor allem Großprojekte in die Länge ziehen.

Mehr Netto auch bei geringen Löhnen: Mindestlohneffekt ausgleichen. Damit der Konsum steigt, müssen die Menschen mehr verfügbares Einkommen haben, das sie für zusätzlichen Konsum ausgeben können. Von dem Beschluss der Sozialpartner, den Mindestlohn schrittweise auf 1.500 Euro für alle

Branchen anzuheben, profitieren vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem niedrigen Einkommen. Es werden sich dadurch aber nicht nur die Löhne von Mindestlohnempfängerinnen und -empfängern erhöhen, sondern auch von jenen, die leicht darüber verdienen. Das ist genau jene Gruppe, die von der Reduktion der Arbeitslosenversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen profitiert. Durch die Anhebung der Mindestlöhne reduziert sich für viele der Effekt dieser Maßnahme. Wir sollten hier nachjustieren, damit gerade den Menschen mit niedrigem Einkommen auch mehr netto von ihrem zusätzlichen Verdienst bleibt.

Belastung reduzieren – Grenzsätze bei Arbeitslosenversicherung anheben. Derzeit entfällt der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung gänzlich bis 1.342 Euro. Von 1.342 Euro bis 1.464 Euro wird ein Beitrag von 1 % des Bruttoentgelts eingehoben. Bis 1.648 Euro sind es 2 % und darüber 3 %. Um den Effekt des erhöhten Mindestlohns auszugleichen, den Konsum weiter anzukurbeln und damit un-

serer Wirtschaft einen zusätzlichen Wachstumsturbo zu geben, schlagen wir vor, die Grenzsätze für den reduzierten Arbeitslosenversicherungsbeitrag zu erhöhen. Bis 1.648 Euro soll keine Arbeitslosenversicherung mehr bezahlt werden, bis 1.798 Euro soll nur 1 % eingehoben werden, bis 1.948 Euro 2 % und darüber soll weiterhin der reguläre Satz von 3 % gelten. >>

Unsere Maßnahmen

Bessere Rahmenbedingungen für Betriebsansiedelungen schaffen

Reduktion des Arbeitslosenversicherungsbeitrags für geringe Einkommen ausweiten als zusätzlichen Wachstumsturbo

Exportwirtschaft stärker

Der Anteil des Exports am Bruttoinlandsprodukt hat sich in Österreich seit den 1950er Jahren verdoppelt – besonders gewachsen ist er seit dem Beitritt zur Europäischen Union. Im europäischen Vergleich liegen wir aber immer noch im Mittelfeld. Wir müssen unsere heimischen Unternehmen noch besser bei ihren Bemühungen, ins Ausland zu exportieren, unterstützen. Zölle und Bürokratie sollten weiter abgebaut werden – das bringt nicht nur Wirtschaftswachstum, sondern auch Frieden und Sicherheit. |

Die wirtschaftliche Verflechtung zwischen Staaten ist ein ganz wichtiger Aspekt, um langfristig Frieden und Wohlstand zu garantieren. Außerdem ermöglicht es den einzelnen Volkswirtschaften, auf jene Waren und Dienstleistungen zu fokussieren, für die es bereits entsprechende Erfahrung und bessere Voraussetzungen auch aufgrund der natürlichen Ressourcen gibt. Österreich stellt zahlreiche Weltmarktführer in unterschiedlichen Industrien wie Alpinski, Standseilbahnen, Sicherheitstechnik, Lichtsensoren, PKW-Getriebe, Verpackungen, Kräne, Feuerfestprodukte, Kristallprodukte, Stahlkocher, Ziegel und in vielen weiteren Branchen. Wir können zu Recht stolz auf unsere Unternehmen sein.

Der Anteil von Export am Bruttoinlandsprodukt hat sich seit 1950 verdoppelt. In den 50er Jahren lag dieser bei rund 20%. Bis in die 90er Jahre ist der Exportanteil auf ca. 30% gestiegen. Seit dem Beitritt zur Euro-

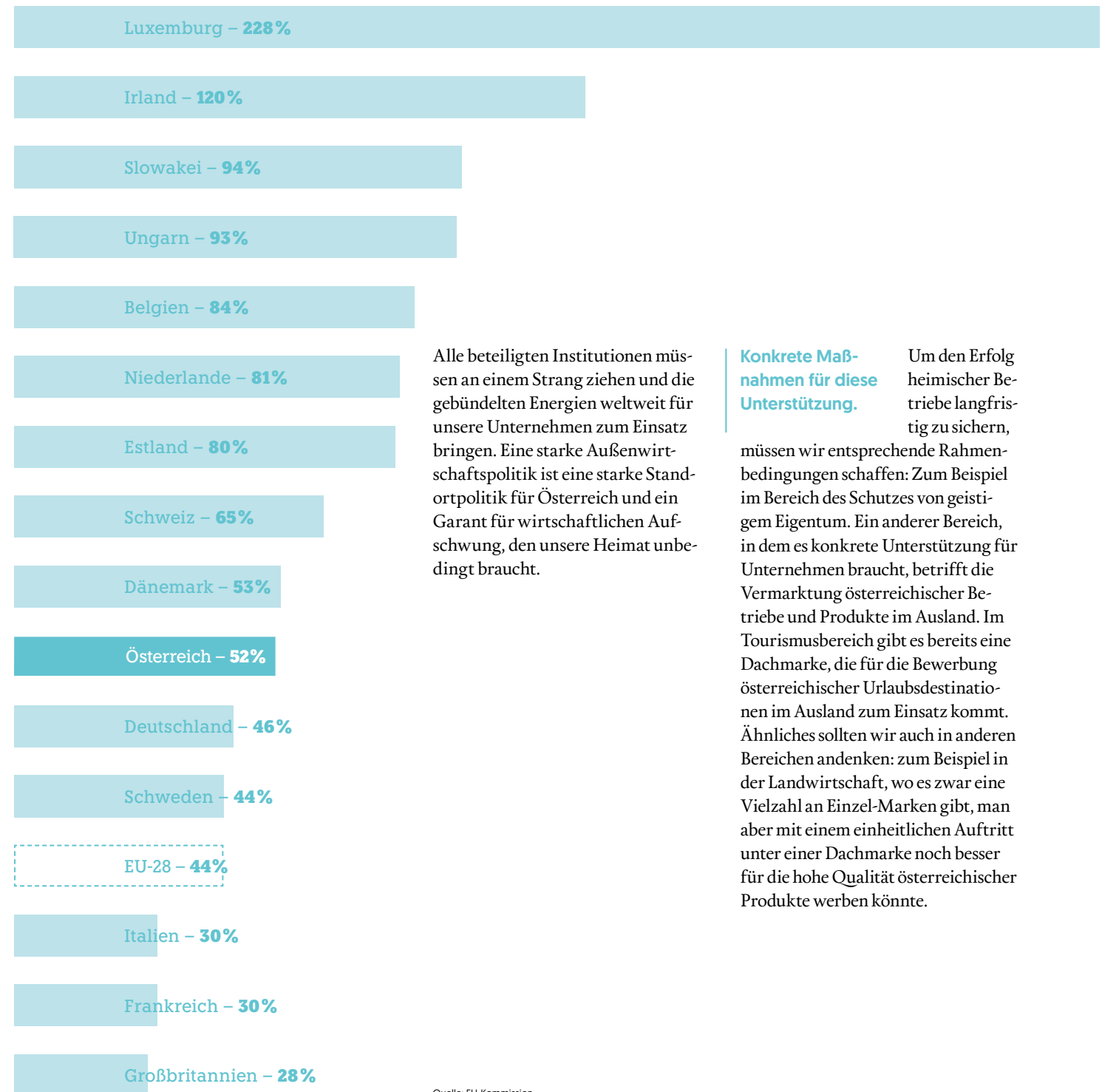
päischen Union hat sich unser Export noch einmal kräftig gesteigert und wir liegen mittlerweile bei über 50%. Trotzdem sind wir damit im EU-Schnitt nur im besseren Mittelfeld. Unsere östlichen Nachbarstaaten haben häufig wesentlich höhere Exportquoten – die Slowakei liegt beispielsweise mit 94% des BIP auf Platz 3 der EU.

Österreichische Unternehmen im Ausland unterstützen: Österreich hinaus in die Welt. Wichtig ist, dass wir unsere heimische Wirtschaft so gut es geht dabei unterstützen, weiter international Fuß zu fassen und Österreichs Wirtschaftsinteressen in der Welt erfolgreich zu vertreten. Die Koordination der Außenwirtschaftspolitik konnte in den letzten Jahren entscheidend gestärkt werden, aber es gibt noch weiteres Verbesserungspotenzial. Wir müssen weiter daran arbeiten, dass unsere Vertretungen vor Ort Auslandsösterreicher und -österreicherinnen, Reisende aus unserer Heimat und eben insbesondere auch unsere Unternehmen vor Ort mit vollem Einsatz unterstützen.

Exportwirtschaft muss durch bessere Zusammenarbeit mit anderen Ländern und mehr Transparenz zu Rechtsvorschriften weiter gestärkt werden.

Exportquoten

im Vergleich mit einigen EU-Ländern, 2016



Quelle: EU-Kommission

Alle beteiligten Institutionen müssen an einem Strang ziehen und die gebündelten Energien weltweit für unsere Unternehmen zum Einsatz bringen. Eine starke Außenwirtschaftspolitik ist eine starke Standortpolitik für Österreich und ein Garant für wirtschaftlichen Aufschwung, den unsere Heimat unbedingt braucht.

Konkrete Maßnahmen für diese Unterstützung. Um den Erfolg heimischer Betriebe langfristig zu sichern, müssen wir entsprechende Rahmenbedingungen schaffen: Zum Beispiel im Bereich des Schutzes von geistigem Eigentum. Ein anderer Bereich, in dem es konkrete Unterstützung für Unternehmen braucht, betrifft die Vermarktung österreichischer Betriebe und Produkte im Ausland. Im Tourismusbereich gibt es bereits eine Dachmarke, die für die Bewerbung österreichischer Urlaubsdestinationen im Ausland zum Einsatz kommt. Ähnliches sollten wir auch in anderen Bereichen andenken: zum Beispiel in der Landwirtschaft, wo es zwar eine Vielzahl an Einzel-Marken gibt, man aber mit einem einheitlichen Auftritt unter einer Dachmarke noch besser für die hohe Qualität österreichischer Produkte werben könnte.

Den Weg in Drittländer vereinfachen: Weniger Bürokratie, mehr Zollfreiheit.

Wir müssen außerdem weiter über den Tellerrand der EU hinausblicken. Auch wenn der Binnenmarkt in Europa noch nicht perfekt ist, ist er dennoch einer der Hauptgründe, warum wir wirtschaftlich so eng mit unseren Nachbarstaaten vernetzt sind. Wir müssen sowohl als Staat Österreich, aber auch als Europäische Union gemeinsam mit Drittmärkten stärker daran arbeiten, Zölle und Bürokratie abzubauen, um einen freien Austausch von Waren und Dienstleistungen zu ermöglichen. Entscheidend ist, dass sich Unternehmen aus anderen Ländern an die Regeln und Standards für die Qualität von Produkten halten, die in Österreich und der Europäischen Union gelten. Hier braucht es ein hohes Maß an Transparenz und keinesfalls eine Nivellierung der Qualität nach unten.

Wir müssen außerdem weiter über den Tellerrand der EU hinausblicken. Auch wenn der Binnenmarkt in Europa noch nicht perfekt ist, ist er dennoch einer der Hauptgründe, warum wir wirtschaftlich so eng mit unseren Nachbarstaaten vernetzt sind. Wir müssen sowohl als Staat Österreich, aber auch als Europäische Union gemeinsam mit Drittmärkten stärker daran arbeiten, Zölle und Bürokratie abzubauen, um einen freien Austausch von Waren und Dienstleistungen zu ermöglichen. Entscheidend ist, dass sich Unternehmen aus anderen Ländern an die Regeln und Standards für die Qualität von Produkten halten, die in Österreich und der Europäischen Union gelten. Hier braucht es ein hohes Maß an Transparenz und keinesfalls eine Nivellierung der Qualität nach unten.

Es ist entscheidend, dass es mehr Transparenz über die rechtlichen Rahmenbedingungen gibt, die in den jeweiligen Zielmärkten herrschen. Oftmals sind es gar nicht Handelschranken, die Unternehmen davon abhalten, neue Märkte zu erschließen, sondern schlichtweg die unklare oder unsichere Rechtssituation in bestimmten Ländern. Hier verdienen die österreichischen Unternehmen unsere volle Unterstützung, um auch auf internationalen Märkten erfolgreich und sicher aktiv sein zu können. »

Unsere Maßnahmen

» Bessere Zusammenarbeit mit Drittmärkten, um Zugang für Waren durch Abbau von Zöllen und Bürokratie zu erleichtern

» Vereinfachungen von Zollverfahren

» Transparenz der Rechtsvorschriften der Drittländer

» Bessere Positionierung Österreichs und österreichischer Produkte im Ausland forcieren

Mehr Rechtssicherheit für Unternehmen schaffen

Rechtssicherheit als Standortfaktor:
Verbindliche Entscheidung über EPU's und keine rückwirkenden Steuergesetze

Rechtssicherheit ist ein wichtiger Standort-Faktor, weil sie Vertrauen schafft und Unternehmen die nötige Sicherheit für größere Investitionen gibt. Für Ein-Personen-Unternehmen (EPU's) heißt Rechtssicherheit, dass sie Klarheit haben über die Beurteilung ihres Status durch die Sozialversicherung und dass den Auftraggebern von EPU's nicht nachträglich hohe Forderungen der Sozialversicherung ins Haus flattern. Auch bei der Gesetzgebung sind rückwirkende Änderungen keine vertrauensbildenden Maßnahmen und müssen daher vermieden werden. Im Gegenteil: Wir sollten stärker mit verbindlichen Rechtsauskünften arbeiten, damit Unternehmen Klarheit haben, wie die Behörden ihre Investitionsprojekte steuerlich beurteilen werden. |

Rechtssicherheit stellt für alle Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen ein sehr hohes Gut dar und ist eine der zentralen Säulen für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort. Nur wer Vertrauen in den Gesetzgeber hat, wird auch Investitionen tätigen. Gerade Unternehmen

brauchen rechtliche Sicherheit und Stabilität, um langfristig planen zu können. Unübersichtlichkeit aufgrund der Vielzahl von Rechtsmaterien, häufige stückchenweise Änderungen sowie Gesetze mit Rückwirkung mindern die Bereitschaft, in Österreich unternehmerische Initiative zu ergreifen.

EPU's schützen und noch besser unterstützen. Besonders betroffen davon sind die Ein-Personen-Unternehmen (EPU's). Mehr als 300.000 EPU's gibt es mittlerweile in Österreich; das entspricht 60% aller Unternehmen – und somit einem ganz wichtigen Teil der österreichischen Wirtschaft. Viele streben durch die Gründung eines EPU's

den Weg in die Unabhängigkeit und Freiheit an, der es ihnen ermöglicht, Produktideen umzusetzen und Marktchancen zu nützen. Doch immer wieder müssen EPU's mit ihrer rechtlichen Stellung kämpfen. Die Selbstständigkeit wird von der Gebietskrankenkasse in Frage gestellt, weil manche EPU's für einen gewissen Zeitraum an nur einen Kunden gebunden sind. Das führt oft auch rückwirkend zu hohen Sozialabgaben für die Unternehmen, die das EPU beauftragt haben. Das kürzlich im Parlament beschlossene Sozialversicherungs-Zuordnungsgesetz, das mehr Rechtssicherheit in diesem Bereich bringen soll, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Dieses Gesetz gilt es, zu exekutieren und zu evaluieren, welche Entscheidungen hier getroffen werden.

Rechtssicherheit ist ein sehr hohes Gut für Unternehmen aller Größen. Eine rückwirkende Änderung von Gesetzen ist daher in jedem Fall schädlich für die Glaubwürdigkeit und Vorhersehbarkeit der Steuergesetzgebung eines Wirtschaftsstand-

ortes. Eine rückwirkende Gesetzgebung für Unternehmen muss daher in Zukunft in jedem Fall vermieden werden, damit die Unternehmen für ein gesamtes Jahr die Rechtssicherheit haben, welche Gesetze in diesem Jahr gelten. Zudem müssen wir die Qualität der Steuergesetzgebung erhöhen.

Verbindliche Rechtsauskünfte für mehr Rechtssicherheit.

Unternehmen sind in vielen Bereichen häufig mit einer sehr komplexen Rechtslage konfrontiert. Bei größeren Investitionsvorhaben ist zudem oft fraglich, ob die Steuerbehörde die Ansichten teilt, die das Unternehmen über die Auslegung der Steuergesetze hat. In manchen Staaten wird Unternehmen die Möglichkeit geboten, vorab Informationen der Steuerbehörde über die steuerliche Bewertung von Investitionsvorhaben zu erhalten. Für das Unternehmen bedeutet dies Rechtssicherheit und neben dem unternehmerischen Risiko eines Projektes nicht auch noch ein behördliches Risiko bei der Auslegung der Steuererklärung. Auch in Österreich sollten wir daher Unternehmen verstärkt die Möglichkeit bieten, sich vorab bei einem Projekt eine verbindliche Rechtsauskunft bei der Steuerbehörde einholen zu können. ➔

Unsere Maßnahmen

➔ Sozialversicherungs-Zuordnungsgesetz umsetzen und evaluieren

➔ Keine rückwirkenden Gesetzesänderungen, die Unternehmen betreffen

➔ Mit verbindlichen Rechtsauskünften mehr Rechtssicherheit für Unternehmen schaffen

Unternehmensgründung vereinfachen

Weniger Bürokratie, damit wir den Start ins Unternehmertum möglichst einfach gestalten

Im internationalen Vergleich sind wir vergleichsweise schwerfällig, was den bürokratischen Aufwand bei der Gründung eines Unternehmens betrifft. Wir wollen uns ein Vorbild an den Spitzenreitern nehmen und keine Mindesteinlagen bei GmbHs mehr vorschreiben, die Mindestkörperschaftsteuer abschaffen, alle Prozesse zur Unternehmensgründung soweit es geht vereinfachen und digitalisieren und außerdem ein modernes Gewerbe-recht erarbeiten. |

Österreich liegt in der neuesten Ausgabe der Weltbank-Studie „The Ease of Doing Business“ auf Platz 19 von über 190 Ländern. Das ist zwar eine relativ gute Platzierung, dafür liegen wir aber in der Kategorie „Unternehmensgründung“ nur auf Platz 111. Laut der Studie der Weltbank dauert es in Österreich im Durchschnitt 21 Tage, um ein Unternehmen zu gründen – und insgesamt sind im Durchschnitt acht Verwaltungsschritte notwendig, bevor man erfolgreich ein Unternehmen gründen kann. Bei der weltweiten Nummer 1 in dieser Kategorie, Neuseeland, dauert die Unternehmensgründung

nur einen halben Tag und kann – in einem einzigen Vorgang – sogar online erfolgen. Zum Unterschied von Österreich gibt es in Neuseeland, so wie in vielen anderen Ländern der Welt, kein Mindeststammkapital für Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Das Mindeststammkapital war ursprünglich dafür gedacht, die Gläubiger zu schützen. Wird das Unternehmen zahlungsunfähig, kann zumindest das Stammkapital noch liquidiert werden und einen Teil der Verbindlichkeiten abdecken.

Ranking
„The Ease of
Doing Business“ /
Ranking
Österreich
„Unternehmens-
gründung“

109
110
Platz **111**
112
113

Doch die Höhe des Stammkapitals steht heutzutage in keiner Relation mehr zur Realität der Wirtschaft. So geht man bei der Liquidation von Aktivposten im Falle einer Unternehmensauflösung im Normalfall davon aus, dass man nicht den gesamten Buchwert erzielen kann, da meistens unter Zeitdruck gehandelt werden muss. Diese Reduktion des Buchwertes liegt in einer durchschnittlichen GmbH erheblich über der Größenordnung des Mindeststammkapitals. Man sieht also, dass die eigentliche Funktion des Stammkapitals in der heutigen Zeit nicht mehr gegeben ist. Daher wollen wir die Möglichkeit schaffen, eine GmbH zu gründen, ohne Stammkapital einzuzahlen.

Doppelte Erleichterung statt doppelter Auflage. In Österreich ist das Mindeststammkapital eine komfortable Einnahmequelle des Staates in Form der Körperschaftsteuer. An die Höhe des Stammkapitals ist nämlich auch die Höhe der Mindest-Körperschaftsteuer gebunden. Das ist jene Steuer, die von Unternehmen und Körperschaften eingehoben wird, auch wenn sie keinen Gewinn machen. Das ist immerhin bei einem Drittel aller Körperschaften in Österreich der Fall. Bei einer Standard-GmbH liegt der Mindest-KöSt-Satz heute bei 5% der gesetzlichen Mindestkapitaleinlage von 35.000 Euro, also bei 1.750 Euro. Dieser ist in den weiteren Jahren, wenn Gewinne gemacht werden, anrechenbar. Wir wollen die Mindest-Körperschaftsteuer abschaffen.

One-Stop-Shop und Reform der Gewerbeordnung.

Begleitet von diesen konkreten Maßnahmen muss es zu einem Abbau von bürokratischen Prozessen bei der Unternehmensgründung kommen. Wir brauchen eine moderne Gewerbeordnung. Für alle Unternehmensgründungen, egal welcher Rechtsform, soll es einen One-Stop-Shop geben, am besten online. Wir wollen Menschen ihren Start in die berufliche Selbstständigkeit so einfach wie möglich machen.

Außerdem sprechen wir uns, vor dem Hintergrund der Digitalisierung, für eine Modernisierung der Gewerbeordnung aus. Wir müssen das Verständnis der Gewerbebeglementierung neu denken und ebenso die hohe Qualität der Produkte und Dienstleistungen in Österreich weiterhin absichern. Eine Reform muss ausgewogen die Erwerbsfreiheit berücksichtigen und zugleich vor allem auch die Sicherheit für Leib und Leben in höchstem Maße garantieren. Diese Reform soll die hohe Qualität der dualen Berufsausbildung in Österreich stärken und nicht schwächen. Hier sind Reformschritte mit Augenmaß und einem modernen Verständnis für Unternehmertum jedenfalls gut möglich. ➤



Österreich braucht frische Ideen und innovative Lösungen.

Viele junge Menschen haben Tatendrang und Unternehmergeist – die österreichische Bürokratie macht ihnen das Leben aber nicht immer leicht.

Markus Lang
Managing Director & Start-up-Investor

Unsere Maßnahmen

GmbH-Gründung ermöglichen ohne Einlage von Stammkapital

Abschaffung der Mindest-KöSt.

One-Stop-Shop für Unternehmensgründung online

Gewerberecht modernisieren

Finanzierung für KMUs erleichtern

Finanzierungen für KMUs erleichtern durch weniger Bürokratie an der Börse und bessere Rahmenbedingungen für Risikokapital

Der Kapitalmarkt in Österreich ist stark von Banken geprägt. Die Marktkapitalisierung der Unternehmen an der Wiener Börse ist rückläufig und international hat der Finanzplatz Wien nur mehr eine geringe Bedeutung. Um diesem Trend entgegenzuwirken, braucht es leichtere Zugänge für KMUs zur Börse und den Abbau von Bürokratie. Die Rahmenbedingungen für Risikokapital sollen verbessert werden.

Der österreichische Kapitalmarkt ist im internationalen Vergleich stark von Bankkrediten geprägt. Die Bilanzsumme von Unternehmen in Österreich ist mit weniger als 45 % an Eigenkapital ausgestattet. In anderen Ländern liegt diese Quote bei über 50 %, in Schweden beispielsweise bei fast 70 %. Die Marktkapitalisierung der Wiener Börse liegt bei nur 24 % des österreichischen BIPs. Im Vergleich dazu liegt Frankfurt bei 49 % oder London bei 139 %. Österreichs Haushalte veranlagen insgesamt 618 Milliarden Euro und nur 4 % davon sind in Aktien – 41 % dafür auf Girokonten oder in Sparbüchern – angelegt. Der Kapitalmarkt in Österreich,

vor allem was die Börse betrifft, ist leider auf einem Tiefpunkt angelangt. Die Wiener Börse wurde 1771 als eine der ersten Börsen der Welt gegründet. Während sie 1900 einen Weltmarktanteil von 5,2 % hatte, ist der Anteil heute so gering, dass Österreich in entsprechenden Studien gar nicht mehr ausgewiesen ist. Die gesamte Marktkapitalisierung der Wiener Börse ist zirka halb so groß wie die der größten schweizerischen Unternehmen wie Roche oder Nestlé. Alleine in den letzten 10 Jahren ist die Wiener Börse um 40 % geschrumpft. Das spiegelt sich auch im ATX wider, der noch immer weit davon entfernt ist, das Vorkrisenniveau von 5.000 Punkten zu erreichen, auch wenn er in den letzten Monaten wieder eine gute Entwicklung durchgemacht hat.

Willkommen an der Börse, KMUs!

Um KMUs die Finanzierung über die Börse zu erleichtern, soll es mehr Vereinfachungen geben und die Obergrenzen, die für reduzierte Informationspflichten gelten, sollen angehoben werden. Außerdem sollten die Kosten, die im Rahmen eines Ganges an die Börse entstehen, reduziert werden, um den Finanzplatz Wien attraktiver zu machen. Über die Erleichterungen für KMUs hinaus braucht es eine Reduktion der Bürokratie für alle Unternehmen. Wir müssen entsprechende Rahmenbedingungen schaffen, damit der Finanzplatz Wien wieder attraktiver wird. Wir brauchen ein Klima, in dem sich Unternehmen an der Börse willkommen fühlen.

Auch beim Risikokapital haben wir noch einiges aufzuholen. Der Risikokapitalanteil in Österreich liegt bei lediglich 0,03 % des BIP – der EU-Schnitt beträgt 0,3 %, also das 10-Fache. In Großbritannien liegt der Wert sogar bei 0,8 %. Noch dazu ist der Hauptträger von Risikokapital in Österreich der Staat, was ja ohnehin schon eine gewisse Ironie in sich birgt: Wenn nämlich Risikokapital mit Steuergeld finanziert wird.

Wir haben in Österreich eine gute Community an Business Angels und Seed-Investoren, dürfen uns aber nicht wundern, wenn erfolgreiche Start-ups an andere Standorte wie Berlin oder London abwandern, weil es dort wesentlich bessere Möglichkeiten zur Anschlussfinanzierung gibt. Wir brauchen hier mehr Anreize für Risikokapital auch in Österreich. ➤

Unsere Maßnahmen

➤ Erleichterungen für KMUs beim Zugang zur Börse und Senkung der Kosten beim Börsengang ➤

➤ Einschränkung unnötiger Bürokratie ➤

➤ Bessere Rahmenbedingungen für Risikokapital

➤ Bessere Vermittlung der Funktionsweise von Wirtschaft und Börse in Schule und öffentlich-rechtlichen Medien

Bürokratie- Abbau endlich umsetzen

Kampf dem Amtsschimmel: Weniger Regeln, ein nationaler Wettbewerb zum Bürokratie-Abbau und mehr Service-orientierung von Behörden

Österreich hat ein Problem mit überbordender Bürokratie – das Leben wird immer mehr eingeengt. Wir müssen Freiräume schaffen, indem wir unnötige Regeln ersatzlos streichen. Durch einen österreichweiten Wettbewerb wollen wir dem Amtsschimmel den Kampf ansagen. Wir müssen aber auch Gesetze und Behörden von Grund auf reformieren und Unternehmen mehr Service bieten. Berichts- und Meldepflichten müssen reduziert werden – vor allem für Klein- und Mittelbetriebe. Außerdem dürfen Verwaltungsübertretungen nicht mehr zu existenzbedrohenden Strafen führen. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die es Unternehmen ermöglichen, sich voll und ganz auf die Bedürfnisse ihrer Kundinnen und Kunden zu konzentrieren – und weniger Zeit, um sich mit den Bedürfnissen der Behörden auseinander setzen zu müssen. |

Österreich hat ein massives Problem mit Regulierung und überbordender Bürokratie. Internationale Standort-Rankings bestätigen die Vielzahl an Anekdoten, die man von Unternehmen hört: Anekdoten über

sinnlose Vorschriften, unklare und unvorhersehbare Auslegungen der Vorschriften und über die Art, wie viele Verantwortliche staatlicher Behörden mit Unternehmerinnen und Unternehmern umgehen. Wenn man davon ausgeht, dass Arbeitsuchende beim AMS an einem Tag und mit einem Schritt alle Anträge für das Arbeitslosengeld erledigen können, die Unternehmensgründung in Österreich aber durchschnittlich 21 Tage und 8 Arbeitsschritte erfordert, wird klar, dass es einen falschen Leistungsanreiz in unserem Land gibt. Österreich liegt mit den Verwaltungskosten für Unternehmen 50% über dem kaufkraftbereinigten EU-Schnitt – 1.270 Euro pro Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter kostet die Bürokratie die Unternehmen jährlich.

Es gibt aber leider sehr wenig Konsens darüber, dass sich grundsätzlich etwas ändern muss. In der jährlichen Studie des renommierten IMD „World Competitiveness Ranking“ nehmen wir zum Beispiel in der Kategorie „Verständnis für die Notwendigkeit für wirtschaftliche und soziale Reformen“ Platz 60 von 63 Ländern weltweit ein.

Mit Strategie zu mehr Freiheit und Selbstbestimmung.

Es geht um Freiheit – und die Möglichkeit zur Selbst-

bestimmung, die durch Bürokratie und Regulierung in allen Lebensbereichen immer mehr eingeengt wird. Unser Ziel ist es daher, kurzfristig eine effektive Bürokratiebremse gegen ein weiteres Ansteigen der Belastungen für Bürger und Unternehmen zu etablieren und langfristig die Belastungen in Etappen deutlich zu senken.

In der Vergangenheit gab es viele Kommissionen und Berichte, was alles geändert werden müsste. Auch in der aktuellen Legislaturperiode wurden mit der Sunset Clause (Gesetze bekommen ein Ablaufdatum), dem „one in, one out“-Prinzip (für jede neue Regulierung von Unternehmen muss eine alte abgeschafft werden) und der Absage an das Golden Plating (Übererfüllung von EU-Erfordernissen) wichtige Prinzipien als Ziel in den Gesetzgebungsprozess aufgenommen. Zur Bewusstseinsbildung ist das sehr wertvoll. Um von solchen unverbindlichen Vorhaben aber zu einem nachhaltigen Abbauprozess zu kommen, braucht es eine österreichische Deregulierungsstrategie. Letztlich braucht es in diesem Bereich auch Sanktionierungsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung beziehungsweise Verfehlen von Zielsetzungen durch die Verantwortlichen.

Politik im Auftrag des Bürgers: vom Betroffenen zum Beteiligten.

Wir müssen in Österreich ein Mindset schaffen, dass die Gesetze

den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen dienen sollen und nicht umgekehrt. Und dass Regulierungen kein Selbstzweck sind und unabhängig von ihrem Kontext für die Ewigkeit gemacht werden, sondern mit den Veränderungen der Zeit gehen müssen. Genau dieses Prinzip müssen wir aber auch auf bestehende Gesetze und Regulierungen anwenden. Deswegen wollen wir einen österreichweiten Wettbewerb starten, in dessen Rahmen unnötige Regelungen von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen sowie Beamtinnen und Beamten gemeldet werden können. Eine Expertenkommission wird im Anschluss alle Vorschläge prüfen und bewerten, ob die Regelungen tatsächlich abgeschafft oder zumindest verändert werden können. Großbritannien war mit einer ähnlichen Aktion sehr erfolgreich und konnte dem Amtsschimmel den Kampf ansagen.

In manchen Bereichen wird es aber nicht reichen, einzelne Paragraphen zu ändern. Ein Beispiel ist der Kodex für Steuergesetze, der mittlerweile 1.626 Seiten umfasst. In Kombination mit derzeit 859 Kollektivverträgen, deren Umfang jeweils bis zu hundert Paragraphen und mehr umfassen kann, wird das inzwischen selbst für spezialisierte Steuerberatungs- und Lohnverrechnungskanzleien unübersichtlich. Hier müssen wir den Ansatz wählen, die Steuergesetze von Grund auf neu zu verfassen, und versuchen, un gerechtfertigte Ausnahmen und Sonderregelungen zu vermeiden.



Zukunft braucht Verantwortung.

Wir müssen heute eine Politik für morgen machen. Das bedeutet, dass wir Strukturen verschlanken müssen, der Staat sich mehr auf den Bürger ausrichten sollte und wir mit unserem Staatshaushalt verantwortungsvoll und nachhaltig umgehen müssen.

Dr. Josef Moser
ehemaliger Präsident des Rechnungshofes

Mehr Service, mehr Zufriedenheit. Aber wir müssen nicht nur die Gesetze von Grund auf erneuern, sondern auch die zuständigen Behörden. Vor einigen Monaten wurde vorgeschlagen, die Bezirksverwaltungsbehörde als One-Stop-Shop für Betriebsanlagenehmigungen von Unternehmen zu etablieren. Auf Grund der fehlenden 2/3-Mehrheit konnte dieses Reformvorhaben noch nicht umgesetzt werden. Das wäre aber ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen die Bezirksverwaltungsbehörden konsequent als One-Stop-Shop für alle Belange von Unternehmen ausbauen. Unternehmen sollten klare Ansprechpersonen haben, die serviceorientiert dabei helfen, sich durch den Bürokratie-Dschungel zu kämpfen. Mittelfristig haben wir die Vision einer Administration, die jeder Bürgerin und jedem Bürger wie auch jedem Unternehmen einen persönlichen Ansprechpartner bietet: sogenannte Case Manager, die die jeweiligen Anliegen aufnehmen, stellvertretend alle Abklärungen, Amtswege und Formulare in der Administration vornehmen und mit einem fertigen Ergebnis zurückkommen. Dazu muss flächendeckend eine

Messung der Kundenzufriedenheit eingeführt und ein umfassendes Programm gestartet werden, das die Unternehmerin oder den Unternehmer vom Bittsteller zum echten Kunden der Behörden macht.

Verfahren beschleunigen, KMUs berücksichtigen. Aber nicht nur die vielen Behörden und öffentlichen Stellen machen den Unternehmen das Leben schwer, auch die teilweise jahrelangen Verfahren bei großen Infrastruktur-Projekten sind schädigend für den Wirtschaftsstandort und damit für die heimischen Unternehmen. Hier muss es zu einer Verkürzung der Verfahrenszeiten kommen und zu einer schnelleren Rechtssicherheit aller Betroffenen. Dazu brauchen wir vollkonzentrierte Verfahren: Verfahren, in denen die derzeit üblichen getrennten Verfahren auf Bundes- und Landesebene in ein einziges Verfahren zusammengeführt werden.

Zusätzliche Kostentreiber für Unternehmen sind auch die verschiedenen Berichts- und Meldepflichten. Man sollte sich hier auf ein Minimum beschränken, damit sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unternehmen mehr dem eigentlichen Geschäft widmen können. Die Pflichtveröffentlichung im Amtsblatt der Wiener Zeitung beispielsweise sollte überhaupt gänzlich entfallen und durch eine kostenlose Online-Lösung im neu zu schaffenden Österreich-Portal bzw. im Unternehmer Service Portal ersetzt werden.

Außerdem müssen wir das Kumulationsprinzip bei Verwaltungsstrafen so gestalten, dass existenzbedrohende Konsequenzen vermieden werden und Verwaltungsübertretungen und deren Strafen in ein gerechtes Verhältnis gebracht werden. Dasselbe Vergehen sollte nicht mehrfach bestraft werden.

Ein weiterer Punkt beim Thema Bürokratie-Abbau ist die besondere Berücksichtigung von Klein- und Mittelunternehmen. Sie werden durch Berichtspflichten und andere bürokratische Anforderungen besonders beansprucht und die Kosten, die dadurch entstehen, fallen bei ihnen besonders ins Gewicht. Wir brauchen eine KMU-Initiative, die versucht, bürokratische Einschränkungen gerade für Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abzuschaffen. ➤

Unsere Maßnahmen

Sunset-Clause und „one-in-one-out“ richtig umsetzen mit entsprechendem Monitoring

Entwicklung einer Deregulierungsstrategie mit klaren Meilensteinen

Bezirksverwaltungsbehörden als One-Stop-Shop für Unternehmen mit Kundenzufriedenheitsmessung

Signifikante Verkürzung von Verfahren bei großen Infrastrukturprojekten

Entfall von unnötigen Informations-, Melde- & Aushangpflichten

Reform des Kumulationsprinzips nach §22 des Verwaltungsstrafgesetzes

Adäquate Gestaltung der bürokratischen Vorschriften für Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern

Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutz neu regeln

Schutz am Arbeitsplatz: mehr Rechtsverbindlichkeit und Transparenz und weniger Willkür

Die Zahl der Arbeitsunfälle hat sich in den letzten 25 Jahren um die Hälfte reduziert. Die gesetzliche Grundlage für den Schutz am Arbeitsplatz ist das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz, das aber auch in manchen Fällen zu sinnlosen Einschränkungen für Unternehmen führt – vor allem in der konkreten Anwendung durch das Arbeitsinspektorat. Das Gesetz ist auf Regelungen, die nicht mehr zeitgemäß sind, zu durchforsten. Um der Willkür bei der Auslegung entgegenzuwirken, braucht es ein abgestimmtes Verfahren aller relevanten Behörden und einen einzigen gemeinsamen Bescheid, der Rechtssicherheit für Unternehmen bietet. Für das Arbeitsinspektorat braucht es zusätzlich eine unabhängige Zufriedenheitsmessung und eine stärkere Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium. Konkrete Anwendungen von Gesetzen und entsprechende Ausnahmeregelungen des Arbeitsinspektorats sind transparent zu machen.

Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutz ist uns ein großes Anliegen. Wir haben es in den letzten

25 Jahren geschafft, die Arbeitsunfälle in Österreich in absoluten Zahlen um 40 % zu reduzieren. 1992 gab es beispielsweise noch 206.000 Arbeitsunfälle, im Jahr 2016 stehen wir bei 120.000. Wenn man in Betracht zieht, dass wir heute 15 % mehr Beschäftigte haben als noch Anfang der 90er Jahre, dann haben wir die relative Anzahl der Arbeitsunfälle sogar um 50 % reduziert.

Die Gründe für den Rückgang sind natürlich vielfältig: mehr Aufmerksamkeit in den Unternehmen, sicherere Maschinen, mehr Prävention, aber natürlich auch die entsprechende Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen. Das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz, das die Basis für den Schutz am Arbeitsplatz ist, stammt ursprünglich aus 1972 und wurde 1994 für den Beitritt zur Europäischen Union angepasst. Dieses

Gesetz ist aber nicht nur Grundlage für den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch Quelle sehr vieler Einschränkungen für Unternehmen. Deswegen müssen wir ganz bewusst und kritisch prüfen, welche Paragraphen wirklich dem Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dienen und welche Regelungen überholt und nicht mehr zeitgemäß sind.

Beratung statt Belehrung.

Eine wichtige Rolle bei der Vollziehung des Gesetzes übernimmt das Arbeitsinspektorat. Das Arbeitsinspektorat ist eine Behörde des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz und beschäftigt rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es darf nicht sein, dass es immer wieder zu Beanstandungen kommt, die sich fernab der Lebensrealität in den Betrieben bewegen. Die Inspektionen laufen manchmal eher in Form unfreundlicher Gespräche ab (und das in einigen Fällen vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern) anstatt als serviceorientierte Beratung.

Ein weiteres Problem in der Praxis: unterschiedliche Auflagen unterschiedlicher Behörden, die sich teilweise widersprechen. So zum Beispiel die Erfahrung eines Gastronomiebetriebs, dem aus Arbeitnehmerschutzgründen ein rauer Boden vorgeschrieben wurde, um die Rutschfestigkeit zu erhöhen. Nach Austausch des Bodens wurde dann wiederum aus Hygienegründen ein glatter Boden vorgeschrieben. Hier braucht es ein abgestimmtes Verfahren aller relevanten Behörden und einen einzigen gemeinsamen Bescheid, der Rechtssicherheit für die Unternehmen bietet.

Das Arbeitsinspektorat sollte sich auch viel mehr als Serviceeinrichtung verstehen und das primäre Ziel für die Zusammenarbeit mit den Unternehmen sollte die Beratung und nicht die Bestrafung sein. Dazu braucht es auch eine engere Einbindung des Wirtschaftsministeriums. Es braucht eine unabhängige Zufriedenheitsmessung der Arbeit des Arbeitsinspektorates in den Unternehmen. Außerdem soll den Unternehmen transparent gemacht werden, wie die einzelnen Regelungen des Arbeitnehmerschutzes im Anwendungsfall ausgelegt werden und welche Ausnahmeregelungen es gibt. Es darf nicht sein, dass es zu einer Willkür bei der Anwendung von Regeln kommt. ➤

Unsere Maßnahmen

Abgestimmtes Verfahren aller relevanten Behörden und ein gemeinsamer Bescheid

Prinzip „Beraten statt Strafen“ etablieren

Arbeitsinspektorat neu aufstellen

Ausnahmeregelungen einheitlich gestalten und transparent machen für Unternehmer



**Zurück
an die Spitze.**
Vom Kindergarten bis
zur Hochschule.
Für uns alle.

Kinder- betreuung weiter ausbauen

Die Kinderbetreuungsangebote müssen weiter flächendeckend ausgebaut werden.
Die Betreuungseinrichtungen sollen sich stärker an den Bedürfnissen der Eltern orientieren

Außerhäusliche Kinderbetreuung ist mittlerweile für 27% der Kinder im Alter von 0 bis 2 Jahren und bei 93% der Drei- bis Fünfjährigen Realität. Trotzdem gibt es nach wie vor Herausforderungen, adäquate Betreuungsplätze für die Kinder zu finden. Es braucht daher einen verstärkten Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, auch schon für unter Dreijährige, und eine bessere Orientierung an den Bedürfnissen der Eltern – vor allem, was die Öffnungszeiten und die Qualität der Kinderbetreuung betrifft. Zudem sollte für Kinder mit keinen oder mangelnden Deutschkenntnissen ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr eingeführt werden, um sie besser auf die Herausforderungen des Schulalltags vorzubereiten. |

Bei der Kinderbetreuung konnten wir in den vergangenen Jahren große Veränderungen beobachten. Die Betreuungsquote der 0- bis 2-Jährigen hat sich beispielsweise in den letzten 20 Jahren mehr als verfünffacht. Waren im Jahr 1995 nur knapp 5% der unter Dreijährigen in außerhäuslicher Kinderbetreuung, sind es jetzt

bereits mehr als 27%. Bei den Drei- bis Fünfjährigen sind es mittlerweile 93% – da sind wir vor 20 Jahren noch bei 70% gestanden.

Eltern unterstützen, Plätze schaffen. Trotzdem gibt es immer noch Eltern, die vor der Tatsache stehen, dass es keinen adäquaten Betreuungsplatz für ihr Kind gibt. Wir müssen hier als Gesellschaft unseren Beitrag leisten. Echte Wahlfreiheit für den eigenen Lebensentwurf kann es nur dann geben, wenn auch die entsprechende Unterstützung gewährleistet ist. Aber die Bereitstel-

lung von Betreuung ist noch nicht genug – wir müssen darüber hinaus sicherstellen, dass dieses Angebot auch an die Bedürfnisse der Eltern angepasst ist. Hier braucht es eine intensive Zusammenarbeit von allen Beteiligten: dem Bund, den Ländern den Gemeinden bzw. privaten Anbietern, die die Kinderbetreuung organisieren, und den Eltern.

Nur so können wir gewährleisten, dass vor allem die Mütter den beruflichen Anschluss nicht verlieren. Für Alleinerzieherinnen sind fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten und die daraus folgende Einschränkung der Erwerbstätigkeit außerdem eine große Armutsfalle. Für all diese Fälle wollen wir das Betreuungsangebot weiter ausweiten, die Qualität der Betreuung weiter steigern und die Öffnungszeiten an die Bedürfnisse der Eltern anpassen. Damit soll Frauen und Männern mit Betreuungspflichten ermöglicht werden, ihrem Erwerbsleben nachgehen zu können, ohne dabei vor nicht zu bewältigenden organisatorischen oder finanziellen Hindernissen zu stehen.

Mehr Chancengleichheit für Kinder mit Migrationshintergrund. Kinderbetreuung ist aber nicht nur ein Serviceangebot an die Eltern, es ist auch eine Bildungs- und Integrationsmaßnahme, um gerade Kindern aus Migrantenfamilien echte Chancengleichheit im Schulsystem zu bieten. Ein erster Schritt in diese Richtung war das verpflichtende letzte Kindergartenjahr. Wir müssen aber noch einen Schritt weitergehen und ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für jene, die es brauchen, einführen und dieses konsequent einfordern. Zielgruppe sind jene Kinder, deren Bildungs- bzw. Deutschniveau nicht ausreicht. >>

Unsere Maßnahmen

Flächendeckender Ausbau der Kinderbetreuung mit besserer Orientierung an den Bedürfnissen der Eltern und höherer Qualität der Betreuung

2. verpflichtendes Kindergartenjahr für jene, die es brauchen

Qualität der institutionellen Kinderbetreuung erhöhen

Qualität der Kinderbetreuung sicherstellen
durch bundesweit einheitliche und bessere Ausbildungsstandards sowie mehr Kontrollen

Die ersten Jahre im Leben eines Kindes legen einen wichtigen Grundstein für die spätere Entwicklung. Es ist daher wesentlich, dass wir nicht nur über Quantität von Kinderbetreuungsplätzen sprechen, sondern auch über die Qualität. Wir müssen die Ausbildungsstandards weiterentwickeln und die Ausbildung des Leitungspersonals schrittweise auf Hochschulniveau heben. Es braucht bundesweit einheitliche Mindeststandards und die entsprechenden Kontrollen, um sicherzustellen, dass die Qualitätsstandards auch eingehalten werden. Außerdem sollte ein Feedback-System zwischen Schulen und Kindergärten eingeführt werden, das ebenfalls zur Evaluierung der Kindergärten beiträgt. |

Die ersten Jahre im Leben eines Kindes legen ein ganz wichtiges Fundament für den Erfolg in der Schule und die Chancen im späteren Leben. Unsere Diskussion über Kinderbetreuung führen wir heute hauptsächlich über den quantitativen Aspekt. Natürlich ist es wichtig, dass wir allen Eltern eine Kinderbetreuungs-

möglichkeit bieten, die sich an ihre Bedürfnisse anpasst. In der Diskussion kommt aber leider zu oft der qualitative Aspekt von Kinderbetreuung von unter Sechsjährigen zu kurz. Wir müssen aber auch sicherstellen, dass die Kinderbetreuungseinrichtungen die entsprechende Qualität bieten. Es geht nicht nur darum, dass Kinder während des Tages beaufsichtigt werden. Kinderbetreuungseinrichtungen sind nicht lediglich ein Aufenthaltsort, sondern Institutionen, die die Entwicklung und Förderung unserer Kinder gewährleisten.

Standards heben, Qualität prüfen.

Die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen leisten großartige Arbeit. Dennoch müssen die Ausbildungsstandards in der Elementarpädagogik, die die Grundlage für die entsprechenden Qualitätsstandards bildet, in Österreich angehoben werden. Dazu sollten wir schrittweise die Ausbildung für Leiterinnen und Führungskräfte auf Hochschulniveau heben und allen, die in unseren Kindergärten arbeiten, weitere Möglichkeiten der Aus-, Fort- und Weiterbildung (auch auf FH-Niveau) eröffnen. Außerdem braucht es bundesweit einheitliche Standards.

Die Qualitätsstandards müssen aber auch regelmäßig überprüft werden. Es darf nicht mehr dazu kommen, dass Lehrpläne und Bildungskonzepte abgegeben werden und dann anhand von Schattenlehrplänen, vor allem in Islamkindergärten, etwas ganz anderes umgesetzt wird. Es muss ausreichend Kontrollpersonal geben und bei Missständen müssen Konsequenzen gezogen werden – bis hin zum Entzug der Zulassung und der öffentlichen Fördermittel.

Um die Qualität sicherzustellen, sollte es auch eine enge Verzahnung mit den Schulen geben, die die Kinder anschließend auf ihrem weiteren Ausbildungsweg begleiten. Durch ein Feedback-System sollte evaluiert werden, in welchen Kindergärten strukturelle Defizite dazu geführt haben, dass Kinder nicht in den notwendigen Bereichen gefördert wurden. >>

Unsere Maßnahmen

Ausbildungsqualität anheben und Ausbildungen für Leiterinnen und Führungskräfte schrittweise auf Hochschulniveau heben >>

Einheitliche Qualitätsstandards für Elementarpädagogik bundesweit >>

Kontrollen der Qualitätsstandards und Konsequenzen bei Missständen >>

Enge Verzahnung der Kindergärten und Schulen mit Feedback-System zur weiteren Evaluierung der Kindergärten >>

Digitale und kulturelle Kompetenzen in der Schule stärker vermitteln

Die Schule muss unsere Kinder auf die Veränderungen und Herausforderungen der Lebens- und Arbeitswelt von heute vorbereiten. Dazu gehört die verstärkte Vermittlung von digitalen Grundkompetenzen, wie der Umgang mit digitalen Medien oder ein Grundwissen über Programmiersprachen. Das bedeutet aber auch die Auseinandersetzung mit den Grundfragen des Lebens – wenn das nicht im konfessionellen Religionsunterricht stattfindet, sollte es verpflichtend sein, Ethikunterricht zu besuchen. Aber auch der Umgang mit Geld ist eine wichtige Kulturkompetenz, die verstärkt vermittelt werden sollte.

Wir müssen unser Schulsystem fit für die Zukunft machen. Junge Menschen, die heute in die Berufswelt eintreten, stehen vor ganz anderen Herausforderungen als noch vor 15 bis 20 Jahren. Die Veränderungen, vor allem durch die Digitalisierung und Internationalisierung, passieren immer rasanter. Die Schule muss auf diese Herausforderungen vorbereiten. Eine Fremdsprache zu beherrschen wird immer wichtiger und je jünger die Kinder sind, desto einfa-

cher erlernen sie eine neue Sprache. Wir müssen hier das Angebot an den Schulen weiter ausbauen und schon in der Volksschule einen Schwerpunkt im Unterricht in Deutsch und Englisch setzen.

Do you speak Swift? Neben Fremdsprachen soll es auch vermehrt die Möglichkeit geben, digitale Grundkompetenzen zu erlernen und kindgerecht an Programmiersprachen herangeführt zu werden. Der Einsatz von digitalen Medien im Unterricht sollte selbstverständlich sein. Kinder und Jugendliche sollten auch schon früh mit den Trends der Zukunft wie 3D-Druck, künstliche Intelligenz, Blockchain oder Robotics in Kontakt gebracht werden. Viele Berufsfelder, die heute noch wenig oder gar nicht von der Digitalisierung betroffen sind, werden sich durch diese Trends grundlegend verändern.

Ethikunterricht und „Disconnect Weeks“.

Wenn Schülerinnen und Schüler in die Welt von Tablets, E-Books & Co. eingeführt werden sollen, muss gleichzeitig ein verantwortungsvoller Umgang mit diesen Medien gelehrt werden. Der Wert des analogen Lebens – echte Bücher, echte Freundschaften, echte Werte – muss ebenso vermittelt werden. Digitale Inhalte und die Geräte, mit denen wir sie konsumieren, werden aber immer nur Hilfsmittel bleiben; sie können weder das Denken noch das Handeln für uns übernehmen. Es braucht daher „Disconnect Weeks“ in allen Schulstufen: eine Woche, in der Schüler ohne Internet und Handy auskommen sollen – wenn möglich sogar ohne Fernseher. Die vorhandene Zeit soll statt dessen mit sozialen Aktivitäten, mit Leseevents und Projektwochen verbracht werden. Die Teilnahme soll natürlich auf freiwilliger Basis erfolgen.

Es gibt aber noch weitere zentrale Inhalte, die in unserem derzeitigen System zu kurz kommen: Wir schlagen vor, dass es einen verpflichtenden Ethikunterricht für all jene geben soll, die keinen konfessionellen Religionsunterricht besuchen.

Die Auseinandersetzung mit den Grundfragen des Lebens, allgemeinen gültigen Werten und an welchen Maßstäben wir unser Handeln messen, ist eine wichtige Grundlage für das restliche Leben.

Weiters muss die Bildung über den Umgang mit Geld noch viel stärker in die Schule integriert werden. Kinder sollten von klein auf lernen, mit ihren Ressourcen hauszuhalten, sie sollten lernen, was es heißt, Schulden zu machen, und sie sollten lernen, wie man seine finanzielle Zukunft sichert. Immer häufiger geraten junge Menschen durch Konsum in die Schuldenfalle: Die jugendlichen Kunden der Schuldnerberatung sind im Schnitt bereits mit über 20.000 Euro verschuldet. Hier braucht es Präventions- und Aufklärungsarbeit, um gemeinsam mit Expertinnen und Experten ehestmöglich eine verbaute Zukunft zu verhindern. ➤

Unsere Maßnahmen

➤ Vermehrt Fremdsprachen und kindgerechtes Heranführen an Programmiersprachen in Schulen anbieten

➤ Digitale Grundkompetenzen bereits in der Volksschule vermitteln

➤ „Disconnect Weeks“ in allen Schulstufen – eine Woche ohne Handy & Internet dafür mit Leseevents, Projektwochen etc.

➤ Verpflichtender Ethikunterricht für alle, die keinen konfessionellen Religionsunterricht besuchen

➤ Bildung für den Umgang mit Geld noch viel stärker in die Schule integrieren

Schulsystem fit für die Zukunft machen: Digitale Kompetenzen vermitteln schon ab der Volksschule, verpflichtend Ethik bei Abmeldung vom Religionsunterricht

Deutschklassen für Kinder mit zu geringem Sprachniveau

Kinder und Jugendliche sollten Deutsch in eigenen Klassen lernen, bevor sie in den normalen Unterricht integriert werden.

Ein Viertel aller Schülerinnen und Schüler im österreichischen Schulsystem spricht heutzutage zuhause nicht mehr Deutsch als Umgangssprache. Fehlende Deutschkenntnisse dürfen nicht dazu führen, dass einzelne Schülerinnen und Schüler sich selbst und die anderen vom Fortschritt im Unterricht abhalten. Deswegen soll zur Schulreife auch „das ausreichende Beherrschen der deutschen Sprache, um dem Unterricht folgen zu können“ gehören. Schülerinnen und Schüler, die diese Anforderung nicht erfüllen, sollen in eigenen Deutschförderklassen unterrichtet werden. Außerdem soll ein neues Fach eingeführt werden, das die Grundzüge unserer Demokratie, unseres Rechtsstaats und unserer Kultur vermittelt.

Wenn in Österreich die Integration vor allem von Kindern und Jugendlichen gelingen soll, dann müssen wir einen starken Fokus auf das Erlernen der deutschen Sprache legen. Mittlerweile ist Deutsch für fast ein Viertel aller Schülerinnen und Schüler im österreichischen Schulsystem nicht mehr die Umgangssprache; in den öffentlichen Volksschulen

sind es bereits 29 % und in den Haupt- und Mittelschulen in Wien sind es bereits über 70 %. Die Gesamtzahl beläuft sich mittlerweile auf 262.000 Schülerinnen und Schüler und diese Zahl steigt jährlich um 5 - 7 %, während die Anzahl der Kinder mit deutscher Umgangssprache jedes Jahr abnimmt. Die größten Helden in diesem System sind natürlich die Lehrerinnen und Lehrer, die täglich in den Schulklassen stehen und mit diesen Herausforderungen konfrontiert sind. Sie werden leider viel zu oft vergessen. Wir müssen sie bei ihrer Arbeit stärker unterstützen und ihnen den Rücken stärken.

Einbindung statt Ausgrenzung: Deutschunterricht in separaten Förderklassen. Fehlende Deutschkenntnisse dürfen nicht dazu führen, dass einzelne Schülerinnen und Schüler die anderen vom Fortschritt im Unterricht abhalten. Wir brauchen eigene Klassen, die nur darauf fokussiert sind, den Schülerinnen und Schülern

die deutsche Sprache beizubringen. Erst wenn die Kinder ausreichende Sprachkenntnisse haben, sollen sie in den Regelschulbetrieb eingeschult werden. Dabei geht es aber eben nicht um Ausgrenzung, denn die Klassen sollen wie Vorschulklassen parallel an normalen Volksschulen geführt werden, so dass es auch zum Austausch mit den anderen Schülerinnen und Schülern kommt. Damit das möglich wird, schlagen wir vor, dass im Schulpflichtgesetz § 6 als ein Kriterium für die Schulreife „das ausreichende Beherrschen der deutschen Sprache, um dem Unterricht folgen zu können“ hinzugefügt wird. Kinder, die dieses Kriterium nicht erfüllen, sind automatisch in Deutschförderklassen zu unterrichten – egal welches Alter sie haben.

Gute Deutschkenntnisse für gelungene Integration.

Sollte das Erlernen der deutschen Sprache auf Grund dessen,

dass Deutsch zuhause nicht als Umgangssprache verwendet wird, nur langsam vorangehen, sollten zusätzliche Maßnahmen wie der Besuch eines Nachmittagsunterrichts bzw. von Sommerkursen verpflichtend werden. Wenn Integration gelingen soll, dann müssen die Kinder Deutsch lernen – so rasch und gut es geht.

Anteil Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Umgangssprache

Quelle: statistik.at

Zur weiteren Förderung und Unterstützung der Kinder ohne deutsche Umgangssprache brauchen wir auch mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund, die hervorragend integriert sind. Darüber hinaus wollen wir ein neues schulisches Pflichtfach für alle Schülerinnen und Schüler ab der 5. Schulstufe einführen: „Staatskunde“ soll die Grundzüge der Verfassung und des Rechtsstaats in Österreich lehren und vermitteln, wie und warum unsere Demokratie funktioniert und auf welchen Werten, Traditionen und auf welcher Kultur unser Land aufbaut. ➤



Unsere Maßnahmen

Deutschklassen: Schulpflichtgesetz § 6 Kriterium für die Schulreife „das ausreichende Beherrschen der deutschen Sprache, um dem Unterricht folgen zu können“ ➤

➤ Verpflichtender Nachmittagsunterricht und Sommerkurse, wenn Spracherwerb nicht vorangeht ➤

Mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund, die hervorragend integriert sind ➤

➤ Schulisches Pflichtfach „Staatskunde“ ab der 5. Schulstufe zur Vermittlung unserer staatlichen Grundwerte

■ Schüler/innen mit Deutsch als Umgangssprache
■ Schüler/innen mit nichtdeutscher Umgangssprache

Den Sprung von der Unterrichtspflicht zur Bildungs- pflicht wagen

In Österreich haben 3,5% der Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs keinen Pflichtschulabschluss. Bei jenen mit Migrationshintergrund sind es sogar knapp 8%. Die Wurzel der Problematik liegt im Pflichtschulsystem selbst und wie wir Schulpflicht regeln. In Zukunft darf niemand die Schulpflicht erfüllt haben, wenn er nicht die Mindeststandards der 8. Schulstufe für Rechnen, Schreiben und Lesen beherrscht. Es soll gezielte Förderklassen für jene geben, die deswegen länger im Pflichtschulsystem bleiben. Das Abschlusszeugnis in der 8. Schulstufe soll zudem zu einem Chancenpass ausgeweitet werden und den Jugendlichen noch mehr Orientierung für ihren Lebensweg geben. |

Noch immer haben 3,5% der Schülerinnen und Schüler pro Jahrgang, das bedeutet 3.200 Jugendliche, keinen Pflichtschulabschluss. Unter jenen mit Migrationshintergrund sind es sogar 7,8%. Dramatischer wird das Bild noch, wenn man sich die Gruppe jener Jugendlichen zwischen 16 und 24 ansieht, die weder eine Ausbildung macht noch eine

Beschäftigung hat (auch als NEET bezeichnet). Dann sprechen wir in Österreich von 75.000 Jugendlichen – das sind über 8% der Altersgruppe. Der Anteil dieser Gruppe bei den Jugendlichen, die in erster Generation zugewandert sind, liegt sogar bei knapp 20%.

Die Wurzel der Problematik dieser Gruppe liegt bereits im Pflichtschulsystem. Die Schulpflicht sollte erst dann als erfüllt gelten, wenn zumindest die Haupt- oder Neue Mittelschule erfolgreich absolviert wurde. Wir müssen sicherstellen, dass jede Schülerin und jeder Schüler, die oder der das Schulsystem verlässt, gewisse Mindeststandards beherrscht – die Bildungsstandards, die für die 8. Schulstufe gelten. Das ist die Grundlage, um auch in den weiteren Schritten der Ausbildung und im Berufsleben erfolgreich sein zu können.

Als Voraussetzung dafür müssen wir vor allem auch die Volksschule stärken und sicherstellen, dass die Schnittstellen zwischen Volksschule und Gymnasium, Neuer Mittelschule oder Hauptschule verbessert werden. Die Grundlagen, die wir in der Volksschule legen, sind ganz entscheidend für den weiteren Erfolg im Bildungssystem.

Maria Theresia und der Chancen-Pass.

Seit unter Maria Theresia die Unterrichtspflicht

eingeführt wurde, ist das Konzept gleich: Alle Schülerinnen und Schüler werden mit sechs Jahren in die Schule aufgenommen und müssen dann eine gewisse Zeit in der Schule absitzen. Heute hat die Schulpflicht absolviert, wer neun Jahre lang die

Schulbank gedrückt hat. Im letzten Jahr wurde eine weitere Komponente eingeführt, nämlich die Ausbildungspflicht bis 18 Jahre. Vom Grundsatz her eine gute Idee – sie greift nur etwas zu spät. Wenn die Jugendlichen die Pflichtschule verlassen, ohne ausreichend gut rechnen, schreiben und lesen zu können, dann haben sie auch Nachteile bei anderen Ausbildungsangeboten.

Wir wollen daher den nächsten Schritt gehen, wie wir Schulpflicht denken: In Zukunft soll ein weiteres Kriterium im § 3 des Schulpflichtgesetzes für die Erfüllung der Schulpflicht hinzugefügt werden, nämlich die ausreichende Erfüllung der Bildungsstandards, die für die 8. Schulstufe vorgeschrieben sind. Die Schulpflicht wird damit zur Bildungspflicht und gilt erst dann als absolviert, wenn die Kinder sinnerfassend lesen können und die Grundrechnungsarten beherrschen – oder eben das 18. Lebensjahr vollendet ist. Schülerinnen und Schüler, die die Standards nicht erreichen, sind bestmöglich zu fördern, damit sie nicht zu Drop-outs werden.



Es ist wichtig, dass wir den Jugendlichen in der Pflichtschule Grundkompetenzen wie Rechnen, Schreiben und Lesen ausreichend gut vermitteln – diese sind die Grundlage für ein erfülltes Leben und Erfolg am Berufsweg.

Univ.-Prof. Dr. Rudolf Taschner
Professor für Mathematik & Autor

Schulpflicht neu: nicht mehr nur die Anzahl der Schuljahre, sondern das Erreichen der Bildungsstandards als Kriterium

Außerdem wollen wir das Abschlusszeugnis in der 8. Schulstufe in einen Chancen-Pass umgestalten: in eine Kombination aus einer zentralen Prüfung der Bildungsstandards ähnlich der Matura, einer Projektarbeit, einer verbalen Beurteilung der Lehrerinnen und Lehrer über Stärken, Schwächen und besondere Talente der Schüler – sowie standardisierten Berufsorientierungstests, die den Schülerinnen und Schülern auf Basis ihrer Interessen und Fähigkeiten Wege im Ausbildungssystem und in der Berufswelt aufzeigen.

Gezielte Förderung der Grundkompetenzen.

Für all jene Kinder, die die Mindeststandards am Ende der 8.

Schulstufe des Regelschulbetriebes nicht beherrschen, soll es gezielte Förderklassen geben, die fokussiert daran arbeiten, den Jugendlichen diese Grundkompetenzen beizubringen. Ein Verlassen des Schulsystems ist erst möglich, wenn die Mindestbildungsstandards erreicht sind oder das 18. Lebensjahr vollendet ist. >>

Unsere Maßnahmen

Volksschulen stärken und Schnittstellen zu Gymnasium, Neuer Mittelschule und Hauptschule verbessern >>

>> Chancen-Pass in der 8. Schulstufe: Prüfung der Bildungsstandards ergänzt um weitere Tests >>

Erfüllung der Mindest-Bildungsstandards als Voraussetzung für Erfüllung der Schulpflicht >>

>> Förderklassen für jene, die Mindeststandards nicht ausreichend erfüllen >>

Differenziertes Schulsystem erhalten

Erhalt des bestehenden, differenzierten Schulsystems und Lenkung der Energie auf inhaltliche Fragen weg von organisatorischen Themen.

Aufgabe des Bildungssystems ist es auch, die individuellen Stärken jedes Kindes zu fördern, um seine Persönlichkeit voll auszubilden. Dafür braucht es ein vielfältiges Angebot an Schulformen – sowohl in der Pflichtschule nach der Volksschule als auch bei weiterführenden Schulen. Die individuellen Schwerpunktsetzungen ermöglichen den Kindern Ausbildungswege, die ihren Interessen und Begabungen entsprechen. Wir sollten uns in der Bildungsdiskussion in Zukunft weniger über die Organisationsform als vielmehr über die Inhalte unterhalten. |

Jedes Kind hat unterschiedliche Anlagen und Begabungen. Die Aufgabe eines modernen Bildungssystems muss es sein, jede und jeden in seinen individuellen Stärken zu fördern, um die Persönlichkeit voll auszuprägen und damit eine gute Basis für ein selbstbestimmtes und erfolgreiches Leben zu legen.

So bunt wie die Interessen und Fähigkeiten unserer Kinder sind, hat auch unser Schulsystem für jeden Interessenschwerpunkt eine

spezialisierte Form entwickelt, um diesen bestmöglich zu fördern. Das differenzierte Schulsystem in Österreich besteht aus unterschiedlichen Schultypen für jede Interessenslage – z.B. die praxisorientierten berufsbildenden mittleren und höheren Schulen mit technischem, betriebswirtschaftlichem oder handwerklichem Schwerpunkt, die Gymnasien mit wahlweisen Schwerpunkten auf eine allgemein humanistische, eine naturwissenschaftliche, neusprachliche oder wirtschaftskundliche Ausbildung sowie Sonderformen für sportlich oder künstlerisch begabte Kinder. Daneben gibt es zum Beispiel auch noch spezialisierte Ausbildungen in Schulen für Gesundheits-, Sozial- und Pflegeberufe oder für land- und forstwirtschaftliche Berufe.

Einheitliche Standards für vielfältige Bildungsformen.

Auch im Pflichtschulbereich haben wir nach der Volksschule ein differenziertes System, das eine Vielfalt von Schulformen zulässt – Gymnasien haben bereits in der Unterstufe die entsprechenden Schwerpunktsetzungen. Daneben gibt es Hauptschulen und Neue Mittelschulen, die ebenso individuelle Schwerpunkte, beispielsweise auf Sport oder Musik, setzen können. Auch hier wollen wir die Vielfalt der Schulformen erhalten und uns lieber darauf konzentrieren, die Standards zu vereinheitlichen und die Erfüllung der Mindeststandards in der jeweiligen Schulstufe zu gewährleisten. Um hier Transparenz zu schaffen und die Standards durch ein Benchmarking-System weiter zu

verbessern, muss es ein Feedback-System zwischen den Schulabschnitten geben, das die Leistungsniveaus der Schülerinnen und Schüler mit den Noten aus dem vorhergehenden Schultyp vergleicht.

Von der Form zum Inhalt. Natürlich verändern sich die Anforderungen an junge Menschen – deshalb müssen die Schulformen bezüglich des Inhalts ihrer Lehrpläne, der Didaktik und der Kultur mit den laufenden Veränderungen reformiert werden. Nachdem jahrelang die Fragen der Organisationsform österreichischer Schulen im Mittelpunkt des bildungspolitischen Diskurses gestanden sind, müssen die kommenden Jahre endlich der Reform von Inhalt und Zielsetzungen der Bildungsinstitutionen in Österreich gewidmet werden. Das differenzierte Schulsystem und damit die Wahlfreiheit, jedes Kind in eine für ihn spezialisierte Schulform schicken zu können, steht für uns dabei aber außer Diskussion. Wir müssen trotzdem auch die Schulorganisation an die modernen Erfordernisse anpassen und hier konkrete Schritte in der nächsten Legislaturperiode setzen. ➤

Erhaltung des differenzierten Schulsystems und des Erfolgsmodells Gymnasium

Feedback zwischen Schultypen über Leistungsniveau der Schülerinnen und Schüler

Unsere Maßnahmen

Erhaltung des differenzierten Schulsystems und des Erfolgsmodells Gymnasium

Feedback zwischen Schultypen über Leistungsniveau der Schülerinnen und Schüler

Lehrerinnen und Lehrer als Grundpfeiler des Bildungssystems stärken

Lehrerinnen und Lehrer gewährleisten täglich eine Top-Ausbildung für unsere Kinder und Jugendlichen. Sie sind der Dreh- und Angelpunkt unseres Bildungssystems. Um die Motivation der Lehrerinnen und Lehrer noch weiter zu steigern, braucht es mehr Anerkennung und bessere Entwicklungsmöglichkeiten für Lehrer. Außerdem werden viele Lehrerinnen und Lehrer in den kommenden 10-15 Jahren in Pension gehen – wir müssen jetzt bereits vorausplanen, um einem Lehrermangel vorzubeugen. Um die Qualität in der Schule zu erhöhen, sollten wir außerdem ein 360°-Feedback einführen, wie es in vielen Unternehmen üblich ist. |

Für uns sind Lehrerinnen und Lehrer, Direktorinnen und Direktoren, deren Interessenvertretungen, Eltern- und Schülervertreter wichtige und wertvolle Partner bei der Weiterentwicklung unseres Bildungssystems. Verbesserungen im System für alle Beteiligten können nur erzielt werden, wenn wir ihre praktische Erfahrung berücksichtigen und auf ihre Anliegen eingehen.

Gute und motivierte Lehrerinnen und Lehrer sind das Erfolgsgeheimnis Nummer 1 eines funktionierenden Bildungssystems. Ihnen ist es zu verdanken, dass unser Bildungssystem ein hohes Niveau hat. Was die finanziellen Ressourcen betrifft, geben wir 61 % der Kosten im Bildungssystem für Personal aus – einen Großteil davon für Lehrpersonal. Wir haben derzeit knapp 120.000 Lehrende in Österreich. Fast 50 % davon sind über 50 Jahre alt und werden in den nächsten 10-15 Jahren in Pension gehen. Wir werden also in den kommenden Jahren viele neue Lehrer brauchen. Wir sollten daher eine langfristige, strategische Lehrerressourcenplanung aufbauen, von der wir jetzt schon ableiten können, wo wir welche Lehrerinnen und Lehrer in Zukunft brauchen. Wir müssen zudem auch die Lehrerausbildung weiterentwickeln und unter anderem mit Digitalkompetenzen und mehr Praxisausbildung anreichern.

Gute und motivierte Lehrerinnen und Lehrer sind Erfolgsgeheimnis Nr. 1 – wir müssen den Lehrerberuf noch attraktiver machen.

Erasmus für Lehrerinnen und Lehrer.

Dafür muss es mehr Entwicklungsmöglichkeiten für Lehrerinnen und Lehrer geben. Man könnte zum Beispiel eigene Taskforces von erfahrenen Lehrerinnen und Lehrern bilden, die – im Rahmen von Projekten oder über zeitlich begrenzte Transfers – Problemschulen und Schulen, die im Benchmarking schlecht abschneiden, helfen, den Turn-around zu schaffen. Außerdem sollten die Möglichkeiten, internationale Erfahrung zu sammeln, wesentlich ausgeweitet werden. Zwar können Lehrerinnen und Lehrer heute schon an einigen öster-

Wir müssen den Lehrerberuf attraktiver gestalten.

reichischen Schulen im Ausland unterrichten – in Zukunft sollte es aber mehr Möglichkeiten geben, internationale Stationen zu absolvieren. Wir brauchen ein „Erasmus-Programm“ für Lehrerinnen und Lehrer: ein Programm, das Lehrenden Abwechslung und Entwicklungsmöglichkeiten außerhalb ihres angestammten Einsatzgebietes bietet und so auch langfristig die Qualität des Unterrichts hebt.

Offen sein, in alle Richtungen.

Privatwirtschaft und Bildungssystem erhöht werden. Zum einen durch Kooperationen mit Unternehmen, damit Lehrerinnen und Lehrer in Sabbaticals und Kurzzeit-Praktika Erfahrungen sammeln können. Andererseits sollte es aber auch erfahrenen Menschen aus der Privatwirtschaft stärker ermöglicht werden, im Rahmen von Sabbaticals für einen begrenzten Zeitraum in der Schule zu unterrichten. Private Initiativen, die jungen Talenten die Möglichkeit bieten, Erfahrungen als Lehrerinnen und Lehrer zu sammeln, bevor sie ihren eigentlichen beruflichen Weg einschlagen, sollten weiter unterstützt werden. Das Angebot hierfür sollte sich nicht nur an Studienabgängerinnen und -abgänger richten. Ein ganz wichtiges Element, um die Qualität in der Schule nachhaltig zu steigern, ist auch die flächendecken-

Auch sollte die Durchlässigkeit zwischen

de Einführung eines 360°-Feedbacks. Sowohl Schülerinnen und Schüler bzw. Eltern sollen Lehrerinnen und Lehrern Feedback geben, als auch Lehrkräfte der Verwaltung bzw. der Schulleitung und umgekehrt. Auf Basis dieses Feedbacks können Lehrerinnen und Lehrer in Zukunft besser und zielgerichteter eingesetzt werden und es gibt auch eine bessere Grundlage für die Auswahl von Schulleiterinnen und Schulleitern. ➤

Unsere Maßnahmen

Langfristige, strategische Lehrerressourcenplanung aufbauen & Lehrerberuf attraktivieren

Lehrerausbildung weiterentwickeln

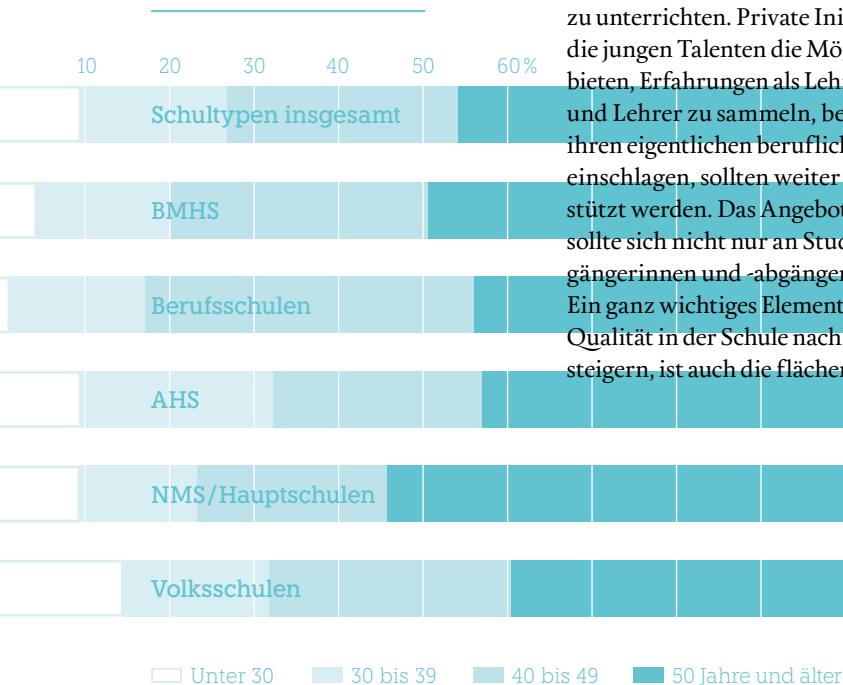
Taskforces von erfahrenen Lehrerinnen und Lehrern für zeitlich begrenzte Transfers in Problemschulen

Durchlässigkeit zwischen Privatwirtschaft und Bildungssystem erhöhen

Erasmus für Lehrerinnen und Lehrer

Flächendeckende Einführung eines 360°-Feedbacks

Altersstruktur des Lehrpersonals im Schulwesen



Quelle: Statistik Austria, Lehrerstatistik 2015/16

Talent-Management ausbauen

Daten stärker nutzen, um Best Practices zu identifizieren, und nationalen Plan zur Förderung von Talenten entwickeln.

Es gibt heute zu wenig Transparenz über die Qualität der einzelnen Schulen. Durch verbesserte Datenanalyse und Benchmarking sollen Best Practices identifiziert und mehr Transparenz geschaffen werden. Wir brauchen eine nationale Talent-Agentur im Bildungsministerium, die eine Begabungsförderungsstrategie entwickelt und ausrollt. Nicht nur Sport-Stars sollen verstärkt gefördert werden, sondern auch Sprachen- und Naturwissenschaften-Talente. Auch auf Hochschulebene braucht es mehr Begabungsförderung – ein Vorbild können die Studienstiftungen in Deutschland sein.

Wer kann heute etwas über die Qualität der Schulen sagen – und welche Auswirkung diese auf das weitere Fortkommen der Schüler im Bildungssystem und in der Berufswelt hat? Wir brauchen hier, auf Basis der bereits beschlossenen Maßnahmen, mehr Transparenz und eine bessere Datengrundlage. Mit den modernen Möglichkeiten der Daten-Analyse, wie sie in vielen Unternehmen zur Qualitätssteigerung bereits eingesetzt werden,

sollen die Stärken und Schwächen des Bildungssystems besser analysiert werden und durch einheitliche Benchmarks sollen Best Practices im System identifiziert werden. In Zusammenarbeit mit den Schulleitern sowie Lehrerinnen und Lehrern sollen Pläne für einzelne Schulen entwickelt werden, die aufzeigen, wie Begabungsförderung noch besser funktionieren kann und wie Schülerinnen und Schüler mit großem Potenzial, aber auch Talente und Stärken von schwächeren Schülerinnen und Schülern, noch besser erkannt und gefördert werden können.

Ein Gesamtplan für alle Einzelinitiativen.

Wir wollen eine nationale Talent-Agentur im Bildungsministerium aufbauen. Ihre Aufgabe: eine Begabungsförderungs-Strategie für Österreich zu entwickeln und diese gemeinsam mit den regionalen Initiativen in den Ländern auszurollen. Derzeit gibt es viele gute Einzelinitiativen, aber keinen Gesamtplan, in dem wir sicherstellen, allen unseren Zukunftshoffnungen auch die entsprechende Förderung zukommen zu lassen. Im Sport ist es in vielen Disziplinen üblich, Kinder und Jugendliche schon sehr früh zu beobachten und großen Talenten besondere Förderungsmöglichkeiten zukommen zu lassen. Wir

Wir wollen eine nationale Talent-Agentur im

sollten aber nicht nur unsere zukünftigen Ski-Olympioniken und Fußball-Stars, sondern auch die Chemie/Physik/Mathematik-Olympioniken und die Sprachen-Stars von morgen entsprechend fördern.

Begabungen fördern, Begabte vernetzen.

Wir können auch einiges von unseren deutschen Nachbarn lernen, wenn es um die Begabtenförderung unter Hochschülern geht. Wir sollten in Österreich ein ähnliches Modell wie das der Studienstiftungen in Deutschland ausrollen. Es geht hier nicht nur um die monetäre Unterstützung von begabten Studierenden, sondern auch um zusätzliche außeruniversitäre Förderungs- und Ausbildungsangebote und nicht zuletzt um die Vernetzung unter den Studierenden. Einzelne Hochschulen haben hier bereits sehr gute Initiativen gestartet – es fehlt aber der Austausch über Hochschulen und Fachrichtungen hinweg. »

Wir können auch einiges von unseren deutschen

Unsere Maßnahmen

Verstärkte Datenanalyse von Schulen mit transparentem Benchmarking

Talent-Agentur im Bildungsministerium aufbauen und Begabtenförderungs-Strategie entwickeln

Ähnliches Modell wie das der Studienstiftungen in Deutschland für Österreich etablieren

**Unsere Kinder haben vielfältige Talente**

und wir können gar nicht zu früh damit beginnen, ihre Begabungen besonders zu fördern und sie in den Bereichen zu unterstützen, in denen sie besonders gut sind.

Dipl. Päd. Judith Händler
Schulleiterin

Benachteiligte Kinder besser unterstützen

Mentoren- und Sommerschulprogramme für die Unterstützung von benachteiligten Kindern; Tagesbetreuung bedarfsgerecht ausbauen

Neben der Begabtenförderung müssen wir auch darauf achten, dass kein Kind zurückgelassen wird. Zusätzlich zu den Mindeststandards, die jedes Kind mit Abschluss der Schulpflicht beherrschen muss, sollte es Unterstützung in Form von Mentoren-Programmen geben. Auch im Sommer sollten Kinder mit Nachholbedarf gezielt gefördert und unterstützt werden. Die ganztägige Betreuung ist ebenfalls ein wichtiger Baustein, damit Kinder die bestmöglichen Lernvoraussetzungen finden. Deswegen braucht es einen bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung, ohne Zwang in diese Schulform. |

So wichtig es ist, bei Begabtenförderung mit der Weltspitze mitzuhalten, so wichtig ist es auch, dass in Österreich kein Kind zurückgelassen wird. Denn jedes Kind hat seine Talente und auf diese müssen wir uns mehr konzentrieren. Durch die Einführung der Bildungspflicht garantieren wir Mindeststandards, die jeder bei Verlassen der Schule erreicht haben soll. Aber neben dem Fokussieren auf das Ausbessern von Schwächen müssen auch die Stärken mehr

gefördert werden. Dafür wollen wir österreichweit ein Mentorenprogramm mit Personen aus den unterschiedlichsten Bereichen aufstellen, die sich außerhalb der Schule gezielt um Schülerinnen und Schüler kümmern und ihnen bei der Entscheidung für den weiteren Bildungs- und Berufsweg helfen. Orientieren kann man sich dabei an privaten Initiativen, die Schülerinnen und Schüler bereits unterstützen. Wir wollen diese Möglichkeit jedem Kind in Österreich garantieren, das es braucht.

**Ganzjährige
hochqualitative
Betreuung.**

Um Schülerinnen und Schülern, die Förder- und Nachholbedarf haben, bessere Chancen auf ihrer weiteren Bildungs- und Berufslaufbahn zu eröffnen, wollen wir eigene Sommerschulprogramme starten. Dabei sollen diese Schülerinnen und Schüler in den Sommermonaten Kurse belegen, um speziell in den Grundkompetenzen aufzuholen. Sport- und Freizeitvereine sollen während der Sommermonate leichteren Zugang zur schulischen Infrastruktur erhalten.

Um Schüle-
rinnen und
Schülern, die
Förder- und

Die sich verändernde Arbeitswelt hat auch auf unser Bildungswesen Auswirkungen. Wir wollen ein sinnvolles, qualitativ nachhaltiges Angebot an schulischer Tagesbetreuung für all jene, die es brauchen. Was wir nicht wollen, ist der Zwang, sich für oder gegen Tagesbetreuung entscheiden zu müssen. Wir wollen daher bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Ausbau der Tagesbetreuung an Österreichs Schulen weiter vorantreiben. »

**Unsere
Maßnahmen**

»
Mentoren-
programm für
Schülerinnen und
Schüler mit
Mentoren außer-
halb der Schule

»
Einführung von
Sommerschul-
programmen für
Schülerinnen
und Schüler mit
Aufholbedarf

»
Leichter Zugang
für Sport- und
Freizeitvereine
zu schulischer
Infrastruktur im
Sommer

»
Tagesbetreuung
bedarfsgerecht
weiter ausbauen

Lehre stärken – Durchlässigkeit erhöhen und Ausbildungs- möglichkeiten modernisieren

Die duale Ausbildung ist ein österreichisches Erfolgsmodell. Noch immer beginnen 40% aller 15-Jährigen eine Lehre. Wir müssen den Katalog der Ausbildungsmöglichkeiten weiter an die Heraus-

forderungen der Gegenwart und Zukunft anpassen. Wir müssen die Durchlässigkeit zu Universität und Fachhochschule erhöhen und außerdem ein Stipendiensystem für Meisterprüfungen einführen. Die Liberalisierung der Meisterprüfung war zwar ein richtiger Schritt, die Kosten dafür sind aber im Vergleich zu Abschlüssen an Universitäten und Fachhochschulen sehr hoch. Die Förderung der Berufsauf- und -weiterbildung sollte vereinheitlicht werden. |

**Moderne Lehr-
berufe etablieren,**
Durchlässigkeit
zu Uni und FH
erhöhen, Stipen-
diensystem für
Meisterprüfungen

Die duale Ausbildung ist ein wichtiger Grundpfeiler des österreichischen Bildungssystems und des Standorts Österreich im internationalen Vergleich. Noch immer beginnen knapp 40% aller 15-Jährigen eine Lehre und werden zu Fachkräften ausgebildet. Die Liste der beliebtesten Lehrberufe wird bei den Mädchen und jungen Frauen seit vielen Jahren von der Einzelhandelskauffrau an-

geführt, während bei den Burschen die Metalltechnik seit einigen Jahren ganz oben im Ranking steht. Insgesamt gab es in Österreich im Jahr 2016 über 100.000 Lehrlinge.

Genauso wie wir bei der Hochschulbildung darauf setzen, die Absolventinnen und Absolventen optimal auf die Realität der Berufswelt vorzubereiten, müssen wir das auch im Rahmen der dualen Ausbildung machen. Unsere Arbeitswelt verändert sich und im Zuge der Digitalisierung entstehen ganz neue Berufsbilder. Erste Schritte, dies auch entsprechend im Katalog der Lehrberufe abzubilden, wurden heuer bereits gesetzt. Es gilt, die Ausbildungsmöglichkeiten weiter anzupassen, um hier wirklich die Fachkräfte auszubilden, die in der Wirtschaft eine gute Perspektive haben.

Ausbildungswege nicht zur Sackgasse werden lassen.

Wir müssen auch eine entsprechende Durchlässigkeit

im Bildungssystem sicherstellen, um einzelne Ausbildungswege nicht zur Sackgasse werden zu lassen. Vor allem bei der Schnittstelle Lehre in Richtung Universität und Fachhochschule müssen wir weiter alles daran setzen, dass hier mehr junge Menschen ihre Chancen nutzen. Derzeit kommen nur 5 % der Studienabschlüsse von Studierenden, die nicht den Weg der Matura in einer AHS oder BHS genommen haben. Bei der Anerkennung von Lehrabschlussprüfungen und Meisterprüfungen im Bildungssystem hat es in den vergangenen Jahren schon gute Schritte gegeben. Jetzt kommt es darauf an, die Lehrlinge, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben, auch entsprechend zu informieren und zu motivieren, den nächsten Schritt zu tun.

Meisterleistungen entsprechend honorieren.

Wir brauchen aber nicht nur mehr Uniabsolventinnen

und -absolventen, die eine Lehre abgeschlossen haben. Auch fachliche Weiterentwicklung nach der Lehre in Richtung einer Meisterprüfung ist eine gute und wichtige Qualifikation. Die Liberalisierung der Meisterprüfung 2002 hat zwar ein vielfältiges Angebot an Vorbereitungskursen geschaffen. Die Kosten dafür können aber mehrere tausend Euro betragen. Das ist im Vergleich zu Universitäts- und Fachhochschul-Studenten und -Studentinnen ungerecht, da diese häufig wesentlich geringere Anteile der Kosten für ihre Ausbildung mittragen müssen. Hier brauchen wir ein Stipendiensystem, um weitere Anreize zu schaffen.

Weniger Förderschungel, mehr Unterstützung.

Die Förderung für Berufsausbildung und -weiterbildung sollte

grundsätzlich aus einer Hand kommen. Durch unterschiedliche Initiativen von verschiedenen Institutionen ist es mittlerweile zu einem Förderschungel gekommen, der dringend zu lichten ist. Ein wichtiger Punkt ist hier auch die Unterstützung der Lehrlinge in Bezug auf Mobilität und Internatskosten während ihrer Zeit in der Berufsschule. Die meisten Lehrlinge müssen diese Kosten von ihrer bescheidenen Lehrlingsentschädigung finanzieren. Hier braucht es auch Verbesserungen und mehr Unterstützung für die Betroffenen. ➤

Unsere Maßnahmen

➤
Lehrberuf-Katalog mit aktuellen Berufsbildern (durch Digitalisierung geprägt) weiter anpassen

➤
Bessere Durchlässigkeit von Lehrlingen zu FH und Unis sowie zwischen den Hochschulen ermöglichen

➤
Stipendiensystem für Meisterprüfung einführen

➤
Mobilität von Lehrlingen fördern und bei Internatskosten unterstützen.

Autonomie der Hochschulen stärken und Zugangsregelungen ermöglichen

In Österreich soll jeder interessierte Jugendliche die Möglichkeit für einen qualitativ hochwertigen Hochschulstudienplatz haben. Dafür wollen wir einerseits den Fachhochschulsektor weiter ausbauen, andererseits die Studienbedingungen in den Massenfächern an den Universitäten deutlich verbessern. Wir wollen daher ein neues System der Universitätsfinanzierung einführen, das auch flächendeckende Zugangsregelungen vorsieht, um die Studienbedingungen an den Universitäten zu verbessern. Wie derzeit beispielsweise bereits an Fachhochschulen sollen Studienplätze in Zukunft auch stärker nach fachlicher Eignung und Motivation zum Studium vergeben werden, wenn es mehr Bewerbungen als Studienplätze in einem Fach gibt. Mehr Verbindlichkeit soll das Studium auch durch die Einführung von moderaten Studienbeträgen bei der gleichzeitigen Verbesserung des aktuellen Stipendienwesens erhalten. Jungen Forscherinnen und Forschern soll an Universitäten durch zusätzliche Laufbahnstellen bessere Karriereperspektiven geboten werden. |

Die Ausbildung an österreichischen Universitäten leidet derzeit an den schlechten Bedingungen in Massenfächern, auf die sich 60 % der Studienanfängerinnen und -anfänger konzentrieren. Die Idee vom uneingeschränkt freien Universitätszugang ist angesichts der massiv ansteigenden Zahl an Studierenden und der Fokussierung auf wenige Fächer in qualitativvoller Weise nicht mehr realisierbar. Die schlechten Studienbedingungen führen zu einem hohen Anteil an Drop-outs von bis zu 70 % in einzelnen Studienrichtungen. Dazu kommen schlechte Betreuungsverhältnisse und ein hoher Anteil an prüfungsinaktiven Studierenden – von den 340.000 inskribierten Studierenden an österreichischen Universitäten gelten derzeit 47 %, also fast die Hälfte, als prüfungsinaktiv.

Unis sollten sich für jedes Fach die besten Studierenden aussuchen können – nach fachlicher Eignung und Motivation fürs Studium

Der in weiten Teilen unregelmäßige Zugang zu den Universitäten stellt diese vor gewaltige Herausforderungen, die sich nicht zuletzt in schlechter werdenden Platzierungen in internationalen Rankings niederschlagen. Im Times-Ranking der Universitäten international liegt die Uni Wien nur mehr auf Platz 165 – alle anderen österreichischen Universitäten sind weiter abgeschlagen. Niemand würde auf die Idee kommen, in einer Schule mit 100 Sitzplätzen 300 Kinder zu unterrichten und sich davon die bestmögliche Ausbildung zu erwarten. Bei den Universitäten hingegen wird selten gefragt, wie viele qualitätsvolle Plätze sie mit ihren Ressourcen überhaupt anbieten können.

Ein neuer Weg zu mehr Qualität.

Wenn wir exzellente wissenschaftliche Ausbildung und international herausragende Universitäten haben wollen, müssen wir in unserer Hochschulpolitik einen grundlegend anderen Weg einschlagen: einen Weg, hin zu mehr Verbindlichkeit der Studierenden und besserer Planbarkeit der Ressourcen für die Universitäten. Jeder Jugendliche soll an einer öster-

reichischen Hochschule studieren können, aber es ist auch ein Gebot der Gerechtigkeit gegenüber unseren Studierenden, dass wir jedem durch geregelte Zugangsverfahren an Universitäten einen qualitätsvollen Studienplatz garantieren können. Gleichzeitig wollen wir den Fachhochschulsektor weiter ausbauen.

In den nächsten Jahren soll das Modell der Studienplatzfinanzierung mit flächendeckenden Zugangsregelungen umgesetzt werden. Dabei erhalten die Universitäten für jeden Studierende einen Budgetbeitrag pro Kopf, der eine qualitätsvolle Ausbildung ermöglicht.

Mehr Autonomie für Universitäten, mehr Motivation für Studierende und Lehrende.

Das heißt aber auch, dass wir bei der Autonomie der Universitäten durch flächendeckende Zugangsregelungen den nächsten Schritt machen müssen und die Auswahl der Studierenden in ihre Verantwortung legen – so wie das international auch in den meisten anderen Ländern die Regel ist.

Dabei gibt es international mehrere Modelle: von Regelungen, die bisherige schulische Leistungen in Form der Abschlussnoten der Matura in den Mittelpunkt stellen, bis hin zu standardisierten Tests für fachliche Eignung. Daneben spielt bei

international erfolgreichen Universitäten zum Beispiel auch die Motivation für ein Studium eine Rolle. Es bleibt beispielsweise zu diskutieren, ob in Zukunft die Matura oder Berufsmatura weiter die einzige Voraussetzung für die Aufnahme an eine Universität sein soll oder ob man auch die fachliche Eignung und die Motivation der Kandidatinnen und Kandidaten über die Aufnahme mitentscheiden lässt.

Nur wenn die Studentenströme gelenkt werden, können wir auch von den Universitäten erwarten, dass sie eine Ausbildung auf Spitzenniveau anbieten. Wir sollten deswegen mit Umsetzung dieses Modells auch das Ziel definieren, bis 2025 mehrere heimische Unis unter die 100 besten Universitäten der Welt zu bekommen.



99
Für meine berufsbegleitende Ausbildung im Handelsmanagement war ich bereit, Geld zu investieren, um die Studienbeiträge zu finanzieren. Dafür habe ich eine Ausbildung auf hohem Niveau bekommen und hatte einen Ansporn, zügig das Studium zu beenden.

66
Bettina Pauschenwein
ehemalige Studentin
an einer Fachhochschule

Die besten Köpfe von morgen schon heute motivieren.

All das bewirkt eine höhere Verbindlichkeit der Studierenden, die zu kürzeren Studienzeiten und besseren Erfolgen führt. Wir dürfen nicht vergessen, dass 18-Jährige in Österreich bereits jetzt im Rahmen der Bewerbung für eine Fachhochschule einen Bewerbungsprozess durchlaufen müssen – gleich wie 15-Jährige bei der Bewerbung für eine Lehrlingsausbildung. Nur der Zugang zum Universitätsstudium ist in weiten Teilen ohne Bewerbungsverfahren möglich. Zudem kann über moderate Studienbeiträge in Kombination mit einem sozial- und leistungsorientierten Stipendiensystem eine deutlich höhere Verbindlichkeit des Studierens erzielt werden.

Exzellente Wissenschaft lebt auch von den besten Köpfen von morgen. Daher wollen wir bessere Karrierechancen für junge Forscherinnen und Forscher an den Universitäten durch zusätzliche Laufbahnstellen schaffen, die eine verbindliche Perspektive in der Wissenschaft ermöglichen. >>

Unsere Maßnahmen

>> Flächendeckende Zugangsregelungen einführen

>> Verbindlichkeit durch moderate Studienbeiträge in Kombination mit einem Stipendiensystem zur Erhöhung der sozialen Durchlässigkeit fördern

>> Österreichische Unis zu international renommierten Lehr- und Forschungseinrichtungen entwickeln und bis 2025 mehrere Unis unter die Top 100 der Welt bringen

>> Gesamthafte Abstimmung des Hochschulstandorts zur Profilschärfung und zu einem effizienten Einsatz der Mittel

>> Fachhochschulsektor ausbauen

>> Bessere Karriereperspektiven für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – mehr Laufbahnstellen an Unis



**Zurück
an die Spitze.**
Herkunft
mit Zukunft.
Für uns alle.

Mit Forschung & Innovation die Zukunft gestalten

**Weiter in
Forschung &
Innovation
investieren:**
Förderungsland-
schaft reformieren,
mehr Wettbewerb
und Langfristig-
keit für bessere
Ergebnisse

Österreich ist mittlerweile Spitzenklasse, wenn es um die Investition in Forschung geht. 11 Milliarden Euro werden jährlich von Unternehmen und der öffentlichen Hand investiert. In den Ergebnissen und der Effizienz haben wir aber noch Aufholbedarf. Forschung und Innovation sind eine wichtige Voraussetzung, um in der Zukunft erfolgreich zu sein. Wir müssen die Rahmenbedingungen für Forschung noch weiter verbessern, die Förderlandschaft reformieren, One-Stop-Shops etablieren und einfachere Prozesse einführen. Außerdem müssen wir die langfristigen Planungsmöglichkeiten für Forschungseinrichtungen verbessern – wie das in Deutschland mit dem „Pakt für Forschung und Innovation“ vorgelebt wird. |

Um in der Zukunft erfolgreich zu sein, brauchen wir in Österreich Innovation. Die Grundlage von Innovationen ist Forschung. In Österreich werden mittlerweile 11 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung investiert. 34 % oder 3,8 Milliarden Euro kommen davon aus der öffentlichen Hand. Der Rest wird durch Un-

ternehmen im In- und aus dem Ausland finanziert. Ein kleiner Teil wird auch von der EU und von anderen Institutionen getragen. Österreich liegt damit im europäischen Spitzenfeld, gemeinsam mit Dänemark, Schweden und Finnland. Das ist natürlich nur eine Sichtweise: Nämlich auf das, was wir oben ins System hineinschütten. Verschiedene Rankings zeigen aber auch deutliche Schwächen, beispielsweise bei der Umsetzung von Forschungsergebnissen in neue Produkte und Dienstleistungen. Im Innovation Scoreboard der Europäischen Kommission haben wir uns zwar zuletzt etwas verbessert, belegen aber nur den 7. Rang in der Europäischen Union. Im Global Innovation Index der Universität Cornell und der französischen Wirtschaftsuniversität INSEAD belegen wir international auch nur Rang 20 und es sind sogar 12 europäische Länder vor uns gereiht.

Österreich im internationalen Ranking der Forschungs- investitionen



Quelle: Global Innovation Index
der Universität Cornell
und der Universität INSEAD

Differenzierung statt Gießkanne, kurzfristige Beurteilung statt langwierige Förderansuchen. Um noch erfolgreicher zu werden, müssen wir am Ziel, die Forschungsquote auf 3,76 % des BIP zu steigern, festhalten. Gleichzeitig müssen wir die Grundlagenforschung weiter so konsequent unterstützen wie bisher und bei der angewandten Forschung auf eine stärkere Output-Orientierung in unserer Forschungsförderung achten. Dazu braucht es eine Erhöhung der wettbewerblichen Finanzierung von Forschung. Wir wollen auch eine echte Exzellenz-Initiative starten, indem wir mehr Geld für die besten Forschungsinstitutionen reservieren.

Außerdem müssen wir den Wildwuchs der verschiedenen Förderinstrumente und -stellen national wie auf EU-Ebene bekämpfen. So soll auch im Sinne einer Entbürokratisierung der Aufwand für Antragstellung, Berichte und Abrechnungen reduziert werden. Eine vom Unternehmen eingebrachte Kurzbeschreibung auf maximal einer Seite soll in Zukunft für eine rasche Erstauskunft über mögliche Förderungen reichen. Zudem soll die ganze Antragstellung und Förderungsabwicklung weitgehend elektronisch und automatisiert abgewickelt werden.

Außerdem können wir uns bei der langfristigen Forschungsfinanzierung ein Vorbild bei unseren deutschen Nachbarn nehmen. Dort wird mit den großen Forschungseinrichtungen ein „Pakt für Forschung und Innovation“ geschlossen, der den Institutionen langfristige Sicherheit für ihre Budgets gibt. Im Rahmen solcher langfristigen Planung müsste man auch die Rolle der außeruniversitären Forschungsinstitutionen mit öffentlicher Beteiligung mitbedenken.

Darüber hinaus wollen wir auch die bisherigen Aktivitäten rund um „Open Innovation“ ausbauen. Eine ganz entscheidende Rolle spielen auch der Wissenstransfer zwischen den Institutionen, der verbessert werden muss, und vor allem die Rahmenbedingungen für Ausgründungen von wissenschaftlichen Einrichtungen, um aus Forschungsergebnissen auch verstärkt konkrete Produkte oder Dienstleistungen entstehen zu lassen.

**Mehr Forschung
durch Frauen.**

Wir müssen in Zukunft auch klare inhaltliche Schwerpunkte in der Forschungsförderung setzen. Wir brauchen exzellente Grundlagenforschung mit effektiven Schwerpunktsetzungen an den österreichischen Universitäten und Fachhochschulen. Darüber hinaus braucht es angewandte Spitzenforschung in der Industrie mit effizientem Wissenstransfer aus der Wissenschaft.

Wir müssen zudem die Innovationsbasis mit Fokus Klein- und Mittelbetriebe verbreitern, Unternehmensgründungen – insbesondere Spin-offs aus akademischen Institutionen – forcieren und erstklassige Aus- und Weiterbildung von Forscherinnen und Forschern ermöglichen, insbesondere mit dem Ziel, mehr Frauen zu fördern. »

Wir müssen zudem die Innovationsbasis mit Fokus Klein- und Mittelbetriebe verbreitern, Unternehmensgründungen – insbesondere Spin-offs aus akademischen Institutionen – forcieren und erstklassige Aus- und Weiterbildung von Forscherinnen und Forschern ermöglichen, insbesondere mit dem Ziel, mehr Frauen zu fördern. »



99
Wissenschaft bildet die wichtigste Grundlage, um die zukünftigen Probleme der Menschheit lösen zu können.

Forscherinnen und Forscher mit den nötigen finanziellen Mitteln auszustatten, ist folglich eine alternativlose Investition in die Zukunft von Österreich. Forscher müssen sich auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren können und sollten nicht zu viel Zeit mit administrativen Aufgaben wie Förderanträgen oder Förderabrechnungen verbringen müssen.

66
Univ.-Prof. Mag. Dr. Markus Hengstschläger
Genetiker

**Unsere
Maßnahmen**

- » Festhalten am Ziel, die Forschungsquote auf 3,76 % zu erhöhen
- » Erhöhung der wettbewerblichen Forschungsförderung
- » Abbau von Bürokratie; weitestgehend elektronische und automatisierte Förderabwicklung
- » Schnellbeurteilung auf Basis einer Kurzbeschreibung
- » Pakt für Forschung und Entwicklung nach deutschem Vorbild abschließen
- » Klare Schwerpunktsetzung bei Grundlagenforschung und angewandter Spitzenforschung
- » Ausbau von Innovationsmethoden wie „Open Innovation“
- » Stärkung des Wissenstransfers zwischen Institutionen und bessere Rahmenbedingungen von Ausgründungen bei wissenschaftlichen Einrichtungen

Digitalisierung: Österreich auf die große Veränderung vorbereiten

Digitalisierung ändert die Art, wie wir leben, und bietet uns große Chancen in der Zukunft. Wir müssen daher die Digitalisierung des Staates vorantreiben, die Breitband-Infrastruktur ausbauen, die Menschen auf die Anforderungen einer digitalisierten Welt vorbereiten, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft schaffen und dabei aber auch die Sicherheit unserer Daten gewährleisten. Ein zentrales Ziel ist die Zusammenführung aller Online-Services des Staates in einer gemeinsamen Plattform [oesterreich.gv.at](https://www.oesterreich.gv.at). Die wichtigsten Behördenwege sollen so weit als möglich digitalisiert werden. |

Digitalisierung:
Wir müssen beim Staat anfangen, die Menschen fit machen und die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen.

Die Digitalisierung ändert die Art, wie wir lernen, arbeiten und uns weiterentwickeln, und durchdringt alle Lebensbereiche. Waren es 1996 nur 40 Millionen Internetnutzer auf der Welt, sind es heute bereits 3,6 Milliarden. 85 % der Österreicher sind täglich online und 86 % nutzen jeden Tag ihr Smartphone. Dieser Wandel ist aber nicht die erste Veränderung, der wir uns stellen. Es gab in der Vergangenheit immer wieder große Veränderungen durch Inno-

vationen, die unser Leben und die Arbeitswelt nachhaltig beeinflusst und neue Chancen geboten haben. Man denke nur an die Erfindung des Buchdrucks, des Autos oder des Computers. Auch die zunehmende Digitalisierung müssen wir als Chance sehen und die Rahmenbedingungen so gestalten, dass wir in Österreich die Potenziale und Möglichkeiten zum Vorteil für die Menschen bestmöglich nutzen können.

Digitalisierung hat für uns mehrere Dimensionen:

- Digitalisierung des Staates – sowohl was die Abläufe in der Verwaltung betrifft als auch die Interaktion mit den Bürgerinnen und Bürgern
- Infrastruktur für die Bürger sowohl Breitband als auch mobiler Zugang zum Internet
- Ausbildung und Vorbereitung der Bürgerinnen und Bürger auf die Anforderungen einer digitalisierten Welt
- Rechtliche Rahmenbedingungen und entsprechende Schwerpunktsetzung für eine digitale Wirtschaft



Die exponentiell voranschreitende digitale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft

bringt enorme Herausforderungen für Europa und Österreich mit sich. Unser Ziel muss es sein, die daraus entstehenden Bedrohungen zu neutralisieren und die zahlreichen Chancen für die Republik proaktiv zu nutzen, um so in Kernbereichen von „late-“ oder „early adopters“ zu „first movers“ der Vierten Industriellen Revolution zu werden.

Mag. Michael (Mic) Hirschbrich, MBA
Digitalexperte, Mitgründer von updatemi

Bürokratie online vereinfachen: oesterreich.gv.at

So wie die Digitalisierung Chancen für Unternehmen bietet, gilt das auch für den Staat. Die Digitalisierung bietet die Möglichkeit, Verwaltungsabläufe transparenter zu gestalten und zu standardisieren. Das bringt mehr Effizienz. Aber auch in der Interaktion mit den Bürgerinnen und Bürgern ergeben sich dadurch neue Möglichkeiten. Derzeit kochen die verschiedensten öffentlichen Stellen ihre eigenen Suppen. Wir wollen alle staatlichen Online-Services in einem Portal vereinen. oesterreich.gv.at soll die zentrale Stelle für alle Behördenwege sein. Wir wollen außerdem die 10 wichtigsten Behördenwege in Österreich so weit als möglich digitalisieren. Zudem soll es ein digitales Bürgerkonto geben, das alle bisherigen staatlichen Online-Profile in einem Zugang vereint. Die modernen Technologien sollen darüber hinaus dazu verwendet werden, den Bürgerinnen und Bürgern bereits automatisiert und vorausschauend Services zu bieten.

Aber nicht nur das „Front-End“ der staatlichen digitalen Services braucht eine grundlegende Überarbeitung. Auch beim „Back-End“ gibt es erhebliche Effizienzpotenziale. Wir brauchen eine Bündelung der Kompetenzen für IT-Services auf Bundesebene, um neue Entwicklungen schneller vorantreiben zu können und einheitlich über alle Fachbereiche hinweg umsetzen zu können. Außerdem soll es vermehrt zum Einsatz von modernen Arbeitsmethoden wie agilem Projektmanagement kommen und technologische Möglichkeiten wie Blockchain sollten verstärkt verwendet werden. Wir müssen die österreichische Verwaltung wieder zur modernsten der Welt machen.

können und einheitlich über alle Fachbereiche hinweg umsetzen zu können. Außerdem soll es vermehrt zum Einsatz von modernen Arbeitsmethoden wie agilem Projektmanagement kommen und technologische Möglichkeiten wie Blockchain sollten verstärkt verwendet werden. Wir müssen die österreichische Verwaltung wieder zur modernsten der Welt machen.

Breitband ausbauen, Pilotland für neue Technologie- standards werden.

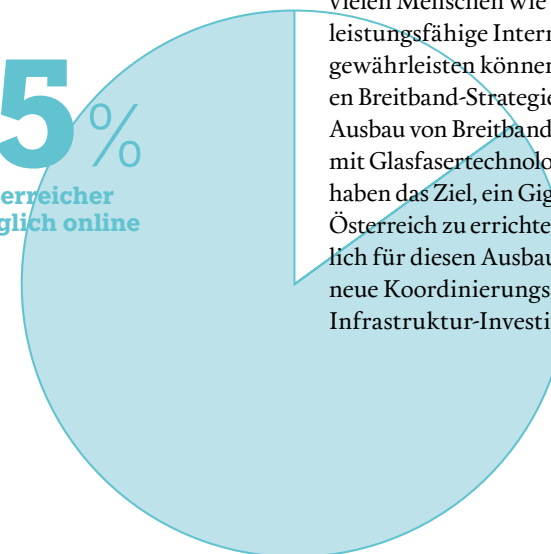
Damit alle Menschen von den Vorteilen der Digitalisierung profitieren können, braucht es eine leistungsfähige digitale Infrastruktur. Idealerweise steht diese Infrastruktur sowohl mobil als auch als Festnetz zur Verfügung. In Österreich verfügen derzeit lediglich 15% über Breitbandanschlüsse von bis zu 30 Mbit/s. Die theoretische Verfügbarkeit von Geschwindigkeiten bis zu 100 Mbit/s ist derzeit hauptsächlich in den Ballungszentren gewährleistet. Wir brauchen einen nationalen Schulterschluss für den Breitbandausbau. Die aktuelle Breitband-Strategie stammt aus der vorletzten Legislaturperiode. Es bedarf hier einer grundlegenden Überarbeitung. Der Bund sollte gemeinsam mit den Regionen, Gemeinden und den Breitbandanbietern eine gemeinsame Strategie entwickeln, wie wir bis 2022 so vielen Menschen wie möglich eine leistungsfähige Internetanbindung gewährleisten können. Teil der neuen Breitband-Strategie sollte auch der Ausbau von Breitbandversorgung mit Glasfasertechnologie sein. Wir haben das Ziel, ein Gigabit-Netz für Österreich zu errichten. Verantwortlich für diesen Ausbau sollte eine neue Koordinierungsstelle für alle Infrastruktur-Investitionen sein.

Die Strategie zur Versorgung mit Breitband-Internet muss natürlich auch eine Strategie für mobiles Internet beinhalten. Es braucht ein weiteres Ausrollen der aktuell besten und schnellsten Technologie LTE – auch in die Fläche. Österreich sollte sich aber auch als Pilotland für die Entwicklung des nächsten Technologiestandards 5G positionieren und hier eine Vorreiterrolle einnehmen.

So werden sowohl den Unternehmen als auch den Haushalten jene Voraussetzungen geboten, die Arbeitsplätze sichern, viele neue Jobs schaffen sowie das gesamte kreative und unternehmerische Potenzial Österreichs ausschöpfen und letztendlich für einen breiten Wohlstand in allen Bevölkerungsschichten und Regionen sorgen werden.

Internetnutzung in Österreich

85%
der Österreicher
sind täglich online



Digitale Grundkompetenz für alle – dank digitaler Bildungsplattform.

Die Vermittlung von digitalen Grundkompetenzen darf sich aber nicht nur auf das Bildungssystem beschränken. Wir müssen auch älteren Menschen niederschwellige Möglichkeiten zur Weiterbildung anbieten. Deswegen sollte Österreich international Vorreiter werden: mit einer digitalen Bildungsplattform, die mit dem digitalen Bürgerkonto verknüpft ist. In Zusammenarbeit mit verschiedenen privaten Anbietern und bestehenden Angeboten der öffentlichen Hand entwickelt, soll diese Plattform einen Mix an kostenfreien und kostenpflichtigen Kursen anbieten. Damit wollen wir aber nicht nur Bürgerinnen und Bürger ansprechen, sondern auch die Klein- und Mittelbetriebe gezielt bei der digitalen Transformation unterstützen.

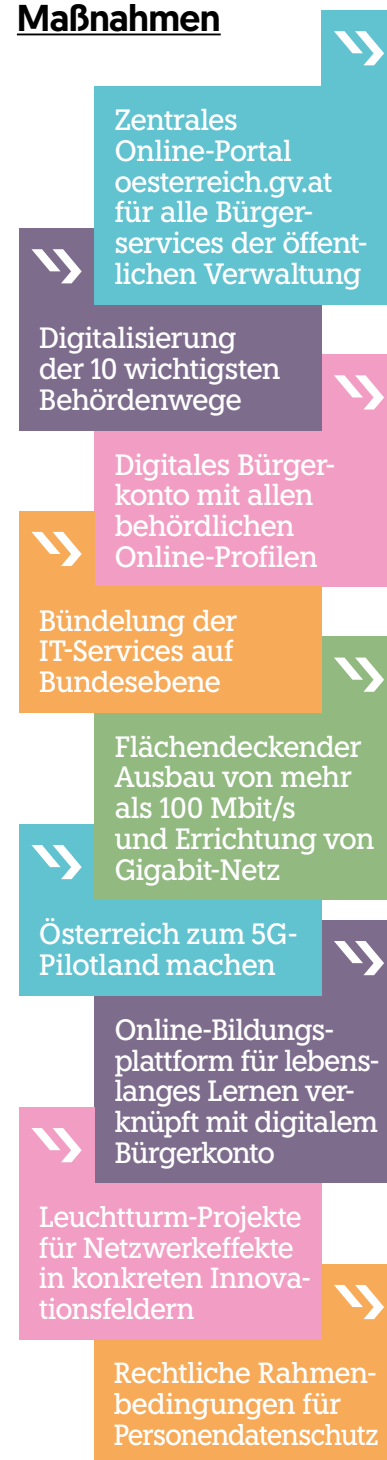
Smarte Regulierungen für innovative Unternehmen.

Natürlich müssen auch die entsprechenden Rahmenbedingungen für Unternehmen geschaffen werden, die sich mit digitalen Innovationen beschäftigen. Selbstfahrende Autos, Cybersecurity und viele weitere Themenfelder brauchen smarte Regulierungen, die Anreize schaffen, dass Unternehmen ihre Innovationen in Österreich entwickeln. Wir müssen die besten Köp-

fe anziehen und mit Leuchtturm-Projekten hier Netzwerk-Effekte aufbauen, die uns in einzelnen Themengebieten zu Innovationsführern machen. Diese Strategie werden wir gemeinsam mit Fachexperten entwickeln und umsetzen.

Datensicherheit an erster Stelle.

Bei allen Initiativen rund um Digitalisierung muss natürlich sichergestellt werden, dass Personendaten entsprechend geschützt werden und es zu keinem Datenmissbrauch kommen kann. Neben den entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen sollten gerade in der staatlichen Verarbeitung von Daten moderne Technologien wie Blockchain zum Einsatz kommen, um die Sicherheit der Daten zu gewährleisten. Wir müssen außerdem dem Thema Digitalisierung einen hohen Stellenwert in den kommenden Jahren geben und auch die Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit erhöhen. Dazu sollen alle Ministerien und Gebietskörperschaften einbezogen werden. ➔

Unsere Maßnahmen

Breitensport sichern und Spitzensport erfolgreicher machen

Breit angelegte Sportförderung weiter erhalten – klare Strategie mit messbaren Zielen für den Spitzensport entwickeln

In Österreich konzentriert sich das kommerzielle Interesse auf einige wenige Sportarten. Damit auch andere Sportarten eine Chance haben, ist eine breit angelegte Sportförderung von besonderer Bedeutung. Mit dem neuen Sportförderungsgesetz sind gute Grundlagen gelegt worden – die angedachten Änderungen mit der Entpolitisierung des Sports müssen konsequent umgesetzt werden. Wir brauchen eine klare Strategie für internationale Sport-Großeignisse mit den entsprechenden Zielen für Medaillengewinne. Aber nicht nur der Spitzensport verdient unsere Aufmerksamkeit – wir müssen auch sicherstellen, dass sich Kinder in der Schule regelmäßig bewegen und dass Menschen mit Behinderung optimale Voraussetzungen haben, Sport zu betreiben und auch im Spitzensport erfolgreich zu sein. |

Sport ist ein ganz wichtiger Bestandteil im Leben der Menschen. Wir können sehr glücklich sein, dass wir in einem Land wie Österreich leben. Die vielen Ehrenamtlichen, die sich in den österreichischen Ver-

einen engagieren, leisten großartige Arbeit, um Rahmenbedingungen für die Ausübung einer breiten Palette an Sportarten in Österreich zu ermöglichen. Viele engagieren sich speziell in der Ausbildung der Jugend und in der Organisation von Wettbewerben. Das kommerzielle Interesse konzentriert sich in Österreich natürlich auf Schifahren und Fußball. Daneben gibt es noch Eishockey, Tennis und ein paar weitere Sportarten. Um jedoch auch anderen Sportarten abseits des Mainstreams eine Chance zu geben, ist es ganz wichtig, dass wir auch in Zukunft eine breit angelegte Sportförderung erhalten. Wir geben derzeit über 130 Millionen Euro an Förderungen für den Sport in Österreich aus.

Mit dem neuen Sportfördergesetz, das 2017 beschlossen wurde, ist eine gute Grundlage für die Neuausrichtung der Sportförderung in Österreich gelungen. Jetzt muss sichergestellt werden, dass die neue Struktur auch entsprechend umgesetzt wird

und die Bundes Sport GmbH wirklich unabhängig agieren kann, um ein professionelles Management der österreichischen Sportlandschaft zu garantieren. Es müssen echte Expertinnen und Experten eingesetzt werden, deren Ziel es ist, den Breitensport in Österreich sicherzustellen, aber auch die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, dass Spitzensport in Österreich auf hohem Niveau möglich und erfolgreich ist. Es braucht eine klare Strategie, wie es zu mehr Medaillen-Erfolgen kommen soll, und diese Strategie muss auch im Nachgang entsprechend evaluiert werden. Da die Vorbereitungszeit auf die nächsten sportlichen Großereignisse begrenzt ist, kann man noch nicht mit Wundern für 2020 in Tokyo rechnen, aber es darf langfristig nicht weiter so sein wie in Rio de Janeiro 2016, wo zum Beispiel Ungarn oder Kroatien 15 bzw. 10 Medaillen gewannen und Österreich mit nur einer Medaille nach Hause fuhr.

Sport von klein auf – und für alle.

dazu anzuregen, Sport zu betreiben, braucht es schon im Kindergarten und in der Schule die entsprechenden Bewegungseinheiten. Experten empfehlen für Kinder mindestens 60 Minuten Bewegung pro Tag. Das fördert sowohl die physische als auch die psychische Gesundheit. Die tägliche Turnstunde, die im kommen-

den Jahr österreichweit eingeführt werden soll, ist eine gute Initiative. Es muss sichergestellt werden, dass diese Maßnahme mit der entsprechenden Qualität umgesetzt wird, damit Kinder und Jugendliche wirklich Lust darauf bekommen, sich regelmäßig zu bewegen.

Laut dem Kinder- und Jugendgesundheitsbericht nehmen die Erkrankungen am Bewegungsapparat der Kinder laufend zu. Das hat verschiedene Gründe. Einer der Faktoren ist natürlich auch der steigende Konsum von Medien und Internet, der immer stärker in Konkurrenz mit anderen Freizeitbeschäftigungen tritt. Um das Sportangebot an den Schulen zu verbreitern und Kinder und Jugendliche besser darauf aufmerksam zu machen, welche Möglichkeiten es bei den Sportvereinen gibt, ist eine stärkere Kooperation zwischen Schulen und Sportvereinen anzustreben.

Eine ganz wichtige Facette des Sports in Österreich ist der Sport für behinderte Menschen. Wir müssen sowohl für Menschen mit physischen als auch mit psychischen Einschränkungen die notwendigen Voraussetzungen schaffen, dass auch sie den Sport ausüben können, für den sie sich begeistern. Das gilt für den Breitensport genauso wie für den Spitzensport. Es ist beeindruckend zu sehen, welche Erfolge unsere Athletinnen und Athleten bei internationalen Wettkämpfen feiern. Das muss, als Ermutigung für andere, auch in der breiten Öffentlichkeit mehr beachtet werden. »

Unsere Maßnahmen



Respekt und Vielfalt, aber keine falsche Toleranz gegenüber Religionen zeigen

In Österreich gibt es 16 anerkannte Religionsgemeinschaften.

Wir blicken auf eine lange Tradition eines Miteinanders in Frieden und Respekt zurück. Unser säkularer Staat baut auf Werthaltungen auf, die er selbst nicht hervorbringen kann. Österreich ist christlich-humanistisch und von der Aufklärung geprägt. Als Zeichen dafür bekennen wir uns auch ganz klar zum Kreuz im öffentlichen Raum und zu christlichen Feiertagen. Aber es darf auch keine falsche Toleranz geben, wenn sich religiöse Aktivitäten außerhalb des rechtlichen Rahmens in Österreich abspielen. Bei Problemfällen, wie den Islamkindergärten in Wien, muss konsequent gehandelt werden. Dazu braucht es einen Ausbau des Kultusamtes im Bundeskanzleramt zu einer vollwertigen Religionsbehörde. Um den interreligiösen Dialog zu fördern, soll ein Beirat der anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften eingerichtet werden. |

Das Leben in einer vielfältiger gewordenen Gesellschaft erfordert Respekt und Toleranz gegenüber anderen Lebenszielen, Glaubensrich-

tungen und kulturellen Ausdrucksformen. Gerade Österreich kann in dieser Hinsicht mit dem ersten Islamgesetz Europas im Jahr 1912 und derzeit 16 anerkannten Religionsgemeinschaften auf eine lange Tradition zurückblicken. Daher wollen wir nicht nur einen jährlichen Religionsgipfel mit Vertretern aller anerkannten Religionsgemeinschaften und der Bundesregierung – vielmehr muss ein regelmäßiger Dialog stattfinden.

Respekt und Toleranz für die unterschiedlichsten Religionen heißt für uns aber nicht, unsere Tradition und unser kulturelles Erbe zu verstecken. Für uns ist ganz klar: Das Kreuz im öffentlichen Raum sowie christliche Feiertage, Feste und Bräuche stehen außer Diskussion!

Dialog der Religionen fördern mit einem Beirat der anerkannten Religionsgemeinschaften; Kultusamt zur Religionsbehörde ausbauen

Keine Toleranz gegenüber religiösem Fanatismus und Radikalisierung.

Kirchen und Religionsgemeinschaften sind für Sinnstiftung und die Sehnsucht nach Transzendenz sowie Bildung und karitatives Engagement von größter Bedeutung. Ein moderner, säkularer Staat lebt von Werthaltungen und ideellen Ressourcen, die er alleine nicht hervorbringen kann. In diesem Sinne leisten Kirchen und Religionsgemeinschaften wichtige Beiträge für die Gesellschaft.

Alle kirchlichen und religiösen Aktivitäten haben aber – ausnahmslos – im Rahmen von Verfassung, Gesetzen und Verträgen zu erfolgen. Bei religiösem Fanatismus und Radikalisierung, die Staat und Menschenrechte nicht anerkennen oder zu Gewalt aufrufen, darf es keine falsche Toleranz geben, sondern es ist dagegen vorzugehen. Problemfälle, wie wir sie mit islamischen Kindergärten in Wien erleben, müssen ein Ende nehmen. Es braucht ein konsequentes Handeln im Sinne unseres Rechtsstaates.

Aufgaben des Kultusamtes erweitern.

Dafür sollte das bestehende Kultusamt im Bundeskanzleramt zu einer vollwertigen Religionsbehörde ausgebaut werden. Es braucht mehr Mittel und Personal zur Erfüllung der vielfältigen Aufgaben. Die Behörde sollte auch die vereinsrechtliche Kompetenz für Vereine mit religiösem Zweck übernehmen. Weiters sollte die Bundesstelle für Sektenfragen mit dem Kultusamt administrativ verbunden werden. Die Kontrolle von religiösen Fachinspektoren bzw. von Religionslehrern sollte ebenfalls in die (Mit-) Zuständigkeit des Kultusamtes fallen. Um die Behörde weiter zu entwickeln und den interreligiösen Dialog in Österreich zu stärken, sollte außerdem ein Beirat der anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften eingerichtet werden. >>

Unsere Maßnahmen

Jährlichen Religionsgipfel veranstalten und regelmäßigen Dialog mit allen Glaubensgemeinschaften führen



Kreuz im öffentlichen Raum und christliche Feiertage beibehalten



Konsequentes Handeln bei Problemfällen wie Islamkindergärten



Ausbau Kultusamt zur Religionsbehörde



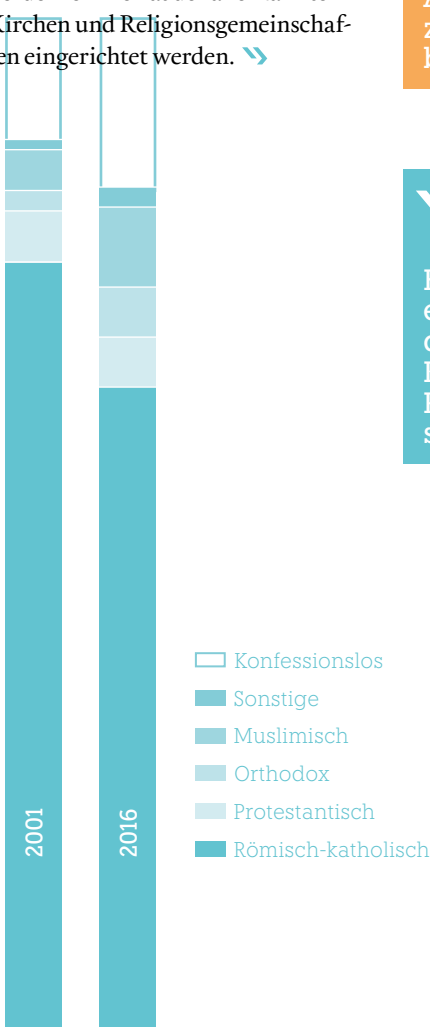
Administrative Verknüpfung des Kultusamtes mit der Sektenstelle



Einrichtung eines Beirates der anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften

Religiöse Zusammensetzung

in Österreich von 2001 bis 2016 (Schätzung)



Konfessionslos
 Sonstige
 Muslimisch
 Orthodox
 Protestantisch
 Römisch-katholisch

Quelle: Statistik Austria

Österreich als Kultur-nation neu beleben

Leitbild für Kunst und Kultur in Österreich erarbeiten und Schubladendenken zwischen Volks- und Hochkultur überwinden

Wir müssen in unserem Kulturverständnis das Schubladendenken zwischen Volks- und Hochkultur überwinden – es geht um ein befruchtendes Miteinander. Wir müssen auch sicherstellen, dass Kinder bereits in der Schule regelmäßig mit Kunst und Kultur in Berührung kommen. Für eine langfristige Kultur-Vision brauchen wir ein Leitbild für Kunst und Kultur in Österreich. Wir müssen das Management in Österreichs Kulturinstitutionen professionalisieren und weitere Synergien, vor allem bei den Bundesmuseen, nutzen. Auch unser baukulturelles Erbe müssen wir schützen und gleichzeitig Raum für Neues in der Architektur ermöglichen. |

Die Freiheit und Vielfalt von Kunst und Kultur sind eine tragende Säule für unsere Gesellschaft; sie wirkt perspektivenerweiternd, identitätsstiftend und verbindend. Österreich gilt international als Kultur-nation. Gerade im Ausland wird man häufig auf die großartigen Errungenschaften in Musik, Literatur, bildender Kunst oder Architektur angesprochen. Daher sind Kulturausgaben für uns auch nachhaltige In-

vestitionen in Kreativität und Innovation der Gesellschaft und wichtig, um Österreichs Stellung als Kultur-nation zu sichern und auszubauen.

Wir müssen allerdings in unserem Kulturverständnis vom Schubladendenken wegkommen. Wir dürfen nicht Hochkultur gegen Volkskultur ausspielen oder Moderne gegen Tradition. Denn es geht nicht um ein Gegeneinander, sondern um ein Miteinander – oder aber um spannende Gegensätze. Die Auseinandersetzung mit Kultur kann gar nicht früh genug beginnen. Wir setzen im kommenden Schuljahr die tägliche Turnstunde um, weil sie gut für den Körper ist. Entsprechend sollten wir uns auch darüber Gedanken machen, wie wir Kunst und Kultur stärker in den Schulalltag integrieren können, weil sie gut für die Entwicklung von Geist, Persönlichkeit, Empathie und sozialen Fähigkeiten sind. Damit ist aber nicht nur das eigene Schulkonzert oder ein selbst eingeübtes Theaterstück gemeint – Kunst bei einem Konzert oder im Theater zu erleben, kann das Interesse von jungen Menschen noch einmal ganz anders wecken.

Flexible Förderinstrumente für kleine Initiativen, mehr Planungssicherheit für Kulturinstitutionen.

Auch was die Finanzierung von Kunst betrifft, müssen wir einiges weiterentwickeln. Es braucht bessere Planungssicherheit für Kulturinstitutionen durch mehrjährige Fördervereinbarungen, die auch abbilden, wie sich die Kosten auf Grund der Inflation über die Jahre erhöhen. Auf der anderen Seite braucht es vor allem für die kleineren, regionalen Initiativen flexiblere Förderinstrumente, die unbürokratisch unterstützen und eine schnellere Abwicklungen als heute ermöglichen. Wichtig ist hier der Abbau von Doppelgleisigkeiten. Vielmehr muss Transparenz darüber geschaffen werden, wo welche Fördergelder hinfließen. Klar ist: Wir möchten Qualität und Spitzentalente in allen Bereichen der Kunst und Kultur unterstützen, um dem Namen Kulturnation auch in Zukunft zu Recht zu tragen. Das Kulturland Österreich braucht eine starke Spitze.

Auch was die Finanzierung von Kunst betrifft, müssen wir einiges weiterentwickeln. Es

Eine wichtige Komponente sind auch private Mittel für die Förderung der Kunst. Hier müssen die Anreize so gestaltet sein, dass die Kulturförderung auch für den Förderer attraktiv ist. Vor allem muss die Absetzbarkeit von Spenden für kulturelle Zwecke weiter ausgebaut werden, wie auch die Möglichkeiten für die Bundeseinrichtungen, um Drittmittel zu lukrieren.

Außerdem müssen wir ein Umfeld schaffen, in dem auch neue Kunst- und Kulturformen ihren Platz und junge neue Künstler eine echte Chance bekommen. Der wertschätzende Umgang mit Kunstschaaffenden und ein möglichst fruchtbarer Nährboden sind dafür die Grundvoraussetzung. Förderung sollte daher mehr sein als bloße finanzielle Unterstützung. Förderung sollte auch die Möglichkeit der nationalen und internationalen Vernetzung und Plattformen bieten. Förderung muss ein Sprungbrett sein, auch in die wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Wir geben im Jahr 2017 auf Bundesebene ca. 450 Millionen Euro für Kunst und Kultur aus. 110 Millionen Euro entfallen davon auf die Basisabgeltung der Bundesmuseen, zu denen die Albertina, das Kunsthistorische Museum, das Belvedere, das MAK, das Mumok, das Naturhistorische Museum und das Technische Museum sowie die Nationalbibliothek gehören. Die Bundesmuseen wurden Anfang der 2000er Jahre ausgegliedert. Auf Grund der sukzessiven

Ausgliederung wurde es allerdings verabsäumt, die Synergien, die sich aus dem Museumsbetrieb vor allem im administrativen Bereich ergeben würden, in einer gemeinsamen Organisations-Struktur zu heben. Wir sollten weiter evaluieren, ob es nicht doch Sinn machen würde, gewisse administrative Aufgaben der Bundesmuseen weiter zu bündeln.

Es muss aber sichergestellt sein, dass es ein professionelles Management gibt und dass die Politik ihre Verantwortung in der Kontrolle wahrnimmt und gegebenenfalls Konsequenzen zieht. Missstände, wie sie teilweise in der Bundestheater-Holding in der Vergangenheit geherrscht haben, sind unter allen Umständen zu vermeiden. So wichtig wie Investitionen in Kunst und Kultur auch sind, es darf auch nicht zu einer Verschwendung der Mittel kommen.

Neues Leitbild – für junge Talente und alte Schätze.

Wir wollen ein Leitbild des Bundes für Kunst und Kultur mit jenen erstellen, die in diesem Bereich tätig sind. Dadurch wollen wir nachhaltige Rahmenbedingungen für Künstlerinnen und Künstler und unsere kulturellen Institutionen schaffen und auch die Planungssicherheit erhöhen. Österreichische Talente aus den unterschiedlichsten Genres wollen wir – auch international – noch stärker auf ihrem Weg unterstützen. Dazu gehört natürlich auch, dass Kunst und Kultur einen größeren und breiteren Stellenwert in öffentlich-rechtlichen Medien bekommen. Mit ORF III, Ö1 oder den Regionalradios gibt es wichtige Berichterstatter und Multiplikatoren österreichischer Künstlerinnen und Künstler. Im reichweitenstärksten Radiosender Ö3 bringt man es hingegen nur auf einen Anteil von gerade einmal knapp 15% von österreichischer Musik – da gibt es eindeutig noch Luft nach oben. Eine deutlich höhere Quote ist unerlässlich und muss intelligent gestaltet sein: zu reichweitenstarken Zeiten.

Wir dürfen aber auch nicht auf unser architektonisches Erbe vergessen. Gerade dieses sorgt jedes Jahr für zahlreiche Touristen und trägt auch dazu bei, dass wir es schätzen, in Österreich zu leben. Mit diesem Erbe ist sorgsam umzugehen und es bedarf ausreichend und rechtzeitigen Schutz. Das Bundesdenkmalamt ist

mit diesem Schutz in Österreich betraut. Wir sollten eine Neuaufstellung des Bundesdenkmalamtes prüfen, um Eigentümer von Bausubstanz, die als schützenswert gilt, auch serviceorientiert bei ihrer Aufgabe zu unterstützen. Gleichzeitig wollen wir auch den entsprechenden Raum und die Offenheit für Neues in der Architektur schaffen.

Es ist Zeit für ein neues Kulturbewusstsein in unserem Land, denn Kultur hat einen unschätzbaren Wert für unsere Gesellschaft und deren Entwicklung. Wir brauchen auch in Zukunft herausragende Künstlerinnen und Künstler, für die uns die Welt seit Jahrhunderten bewundert – genauso wie ein offenes und interessiertes Publikum. Kunst ist immer ein Dialog und Kultur wohnt nicht nur im Museum – sie wohnt in jedem von uns. ➔

Unsere Maßnahmen

Leitbild für Kunst und Kultur mit Betroffenen und Beteiligten entwickeln

Klares Bekenntnis zur Qualität

Kunst und Kultur verstärkt in den Schulalltag integrieren

Langfristige finanzielle Sicherheit für Kulturinstitutionen sicherstellen

Flexiblere Förderinstrumente mit weniger Bürokratie für kleinere Kulturprojekte ermöglichen und Doppelgleisigkeiten vermeiden

Stärkung regionaler Kulturinitiativen in ganz Österreich

Stärkere Nutzung von administrativen Synergien zwischen den Bundesmuseen durch Aufgabenbündelung

Österreichische Künstlerinnen und Künstler durch Präsenzmöglichkeiten, breite Plattformen und Vernetzung bekannt machen

A close-up photograph of a blue electric car's charging port. A black charging cable is plugged into the port. The background is a blurred outdoor setting with a building and a red car.

Zurück
an die Spitze.
Mit sauberer
Energie und
bester Infrastruktur.
Für uns alle.

Verantwortungsvoll mit unserer Umwelt umgehen

Umwelt- und Klimaschutz ernst nehmen: Wir stehen zum Abkommen von Paris und wollen unsere CO₂-Emissionen nachhaltig reduzieren.

Umwelt- und Klimaschutz ist eine große Verantwortung, die wir gegenüber unserer nächsten Generation haben. Die ökosoziale Marktwirtschaft hilft, die Balance zwischen leistungsfähiger Wirtschaft, gesellschaftlicher Solidarität und ökologischer Nachhaltigkeit zu halten. Umweltschutz umfasst viele Detailbereiche. Gerade dem Klimaschutz kommt hier in den letzten Jahren eine zentrale Bedeutung zu. Wir bekennen uns zum Pariser Abkommen, in dem sich die Staatengemeinschaft dazu verpflichtet hat, die Erderwärmung zu begrenzen. Das bedeutet für die EU und für Österreich, dass wir den Ausstoß von Treibhausgasen nachhaltig reduzieren müssen.

Die Schönheit und Vielfalt unserer Landschaft und Natur ist etwas Einzigartiges, das es zu schützen gilt. Die Verantwortung für unsere Umwelt muss über die Gegenwart hinausreichen. Die Bedürfnisse der Gegenwart gehören gedeckt, ohne dadurch die Chancen künftiger Generationen zu schmälern. Für uns sind der nachhaltige Umgang mit der Natur und eine erfolgreiche wirt-

schaftliche Entwicklung keine Gegensätze, sondern zwei Seiten einer Medaille. Unser Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft ermöglicht die Balance zwischen leistungsfähiger Wirtschaft, gesellschaftlicher Solidarität und ökologischer Nachhaltigkeit. Das ist die Grundlage für einen allumfassenden Wohlstand.

Nachhaltiger Umweltschutz umfasst eine Vielzahl an Detailbereichen wie Abfallwirtschaft und Ressourcenmanagement, betrieblichen Umweltschutz, Abwasserreinigung, Trinkwasserversorgung, Luftreinhaltung und Klimaschutz, aber auch den Tier- und Pflanzenschutz und vieles mehr. Wir können glücklich sein, in Österreich leben zu dürfen, das zu den Top 20 der umweltfreundlichsten Länder der Welt zählt. Im Environmental Performance Index der Columbia University in New York City belegen wir beispielsweise international den 18. Platz.

Emissionen reduzieren.

Damit das auch so bleibt, bekennen wir uns ganz klar zum Umwelt- und Klimaschutz. Die Vereinten Nationen haben im Jahr 2015 in Paris bei ihrer Klimakonferenz beschlossen, dass man die Erderwärmung auf maximal 2 °C im Verhältnis zur vorindustriellen Durchschnittstemperatur begrenzen will. Die Staatengemeinschaft wird sich auch bemühen, die Erderwärmung sogar auf 1,5 °C zu begrenzen.

Der Hauptgrund der Erderwärmung wird sogenannten Treibhausgasen zugeschrieben. Zu den klimawirksamen Gasen zählen: Kohlendioxid (CO₂), das beim Verbrauch fossiler Brennstoffe entsteht, Methan (CH₄), Lachgas (N₂O) und fluoridierte Gase (F-Gase). Alle diese Gase werden in CO₂-äquivalente umgerechnet (quasi als einheitliche Währung). In Österreich wurden im Jahr 2015 78,9 Millionen Tonnen an CO₂-Äquivalenten ausgestoßen. Damit liegen wir 0,1 % über dem Wert von 1990. Energie und Industrie stoßen dabei 45 % aus, Verkehr 28 % und für die restlichen 27 % sind Landwirtschaft, Gebäude und Abfallwirtschaft verantwortlich.

In der Europäischen Union haben wir uns darauf geeinigt, den Ausstoß an Treibhausgasen in Etappen zu reduzieren. Hier wird zwischen Emissionen, die vom Handel mit CO₂-Zertifikaten erfasst sind, und solchen, die es nicht sind, unterschieden. Bis 2020 haben wir in Österreich das Ziel, 10 % der Emissionen zu reduzieren, und sind auf gutem Weg, dieses Ziel zu erreichen. Bis 2030 sind es dann 43 % und auf EU-Ebene sollen es bis 2040 minus 60 % und bis 2050 minus 80 % sein. Das bedeutet natürlich eine konzentrierte Kraftanstrengung über alle Sektoren hinweg, aber wir stehen zu unserer Verantwortung, die wir gegenüber der nächsten Generation haben. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass unsere energieintensiven Betriebe, die im internationalen Vergleich oft vorbildlich handeln und die höchsten Standards aufweisen, international keinen Wettbewerbsnachteil, sondern faire Bedingungen haben.

Umweltschutz: Österreich im internationalen Ranking

- 1 Finnland
- 2 Island
- 3 Schweden
- 4 Dänemark
- 5 Slowenien

- 17 Norwegen
- 18 **Österreich**
- 19 Irland

- 178 Madagaskar
- 179 Eritrea
- 180 Somalia

Strafen für Tierquälerei erhöhen.

Beim Natur- und Tierschutz hat Österreich einen hohen Standard erreicht. Diesen gilt es zu festigen. Tiere – egal ob Nutz- oder „klassische“ Haustiere – sollen in unserem Land würdevoll behandelt werden. Un-sachgemäße Haltung und Quälerei dürfen bei uns keinen Platz haben! Wir wollen die Strafen für Tierquälerei und illegalen Tierhandel in Österreich erhöhen.

Wir wollen uns – über den verantwortungsvollen Umgang mit unserer Umwelt und der Umsetzung der Pariser Klimaziele hinaus – insbesondere der Sicherung der nachhaltigen Entwicklung im Rahmen der Sustainable Development Goals (Ziele für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen) noch stärker widmen. Die konsequente Umsetzung der Ziele der Vereinten Nationen müssen dabei in allen politischen Arbeitsbereichen mit Nachdruck verfolgt werden.

Beim Natur- und Tierschutz hat

Im Bereich der Bioökonomie steckt ein großes Innovationspotenzial für neue zukunftsträchtige Arbeitsplätze und zur Stärkung des ländlichen Raumes. Bioökonomie trägt dazu bei, die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen zu reduzieren sowie Innovation und wirtschaftliche Entwicklung unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit zu fördern. Österreich muss Vorreiter werden, seine Rolle als Innovationstreiber weiter ausbauen und die Chancen für die saubere Reindustrialisierung nutzen.

Durch Einführung eines „Bestbieter-Prinzips“ für Lebensmittelbeschaffung auf allen Ebenen kann es hier zu einer Stärkung des nachhaltigen und verantwortungsvollen Umgangs mit der Umwelt kommen. Es geht bei diesem Prinzip darum, dass bei Ausschreibungen auch die ökologischen Auswirkungen der Lebensmittelherstellung und des Transports berücksichtigt werden. ➔

Unsere Maßnahmen

Energieversorgung: sicher, sauber und leistbar halten

Erneuerbare Energie im Zentrum nachhaltiger Energiepolitik – stärkere Kopplung zwischen Wärmeerzeugung, Elektrizität und Verkehr nötig

Energie steht im Spannungsfeld, sicher, sauber und leistbar zu sein. Deswegen braucht es auch weiterhin einen Mix bei der Energieproduktion. Auch der Abbau von Abhängigkeiten von Energieimporten muss unser langfristiges Ziel sein. Für eine zukunftsorientierte Energiepolitik müssen wir in Österreich Verkehr, Wärme- und Stromerzeugung enger miteinander koppeln. Darüber hinaus sind mehr Bemühungen bei der Energieeffizienz notwendig. Gleichzeitig muss die Versorgungssicherheit durch Nutzung von Trends wie Digitalisierung und Dezentralisierung erhöht werden. |

Energie stellt die Grundlage für unseren hohen Lebensstandard, unsere Mobilität und unseren wirtschaftlichen Erfolg dar. Dabei ist wichtig, dass diese sicher, sauber und leistbar ist. Vor allem Versorgungssicherheit muss oberste Priorität haben, damit unser Alltag – das Heizen der Wohnung, das Fahren mit den öffentlichen Verkehrsmitteln oder die Produktion unserer Industrie – nicht beeinträchtigt wird. Durch eine stärkere Diversifizierung der Lieferanten, Energierouten und Energieim-

porte sowie den Ausbau der eigenen Produktion schaffen wir mehr Unabhängigkeit, gleichzeitig bedeutet das aber auch, dass wir die entsprechende Infrastruktur – sowohl Netze wie auch Kraftwerke – dafür bereitstellen müssen und bürokratische Hürden bei Verfahren beseitigen sollten.

Gegen fossile Energieträger aufzutreten, aber gleichzeitig für die Energiewende notwendige Projekte zu verhindern, ist ein Widerspruch und kurzsichtig. Wichtig ist dabei auch, eine stärkere Interkonnektivität der europäischen Energienetze zu schaffen, wie das zum Beispiel zwischen Österreich und Deutschland der Fall ist.

Dafür müssen wir die Kapazitäten der Stromproduktion weiter erhöhen und die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, damit mehr in den Aufbau von erneuerbarer Energieerzeugung investiert wird.



Der neue Weg. Für uns alle.

Energieverbrauch aus erneuerbaren Energien im internationalen Vergleich

Stärkere Energieeffizienz.

Mit einem Anteil von knapp 30% erneuerbarer Energie am Bruttoendenergieverbrauch ist Österreich bereits einer der Vorreiter bei erneuerbarer Energie und, sowohl was das technische Know-how wie auch den Anteil von mehr als 55% an der gesamten Stromerzeugung angeht, eines der führenden Länder bei Wasserkraft. Trotzdem muss der Kurs in Richtung grüne Energie weiter fortgesetzt werden. Die dafür eingesetzten Forschungsmittel müssen stärker in die Energieforschung gehen, die auch Voraussetzung für „grüne Exporte“ aus Österreich ist.

Am nachhaltigsten ist es noch immer, weniger Energie zu verbrauchen. Daher sind die Bemühungen zu stärkerer Energieeffizienz so wichtig. Die öffentliche Hand muss dabei Vorbild sein. Für eine wirkliche Energiewende und ein glaubwürdiges Auftreten gegen Atomenergie ist es notwendig, dass in Österreich kein Atomstrom mehr importiert wird. Der Kampf gegen den Klimawan-

Quelle: Eurostat

del ist eine der großen Herausforderungen an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – und ein zentrales Ziel unserer Energiepolitik. Daher ist es notwendig, möglichst energieeffizient zu sein und erneuerbare Energien weiter auszubauen. Damit wollen wir die Dekarbonisierung vorantreiben und beweisen, dass Klimaschutz ohne Atomstrom funktionieren kann. In der ökosozialen Marktwirtschaft sind Ökologie und Ökonomie kein Widerspruch, sondern „Win-Win“. Wirtschaft, Umwelt und Innovation müssen Hand in Hand gehen.

Klimaziele erreichen: durch einen Mix an Maßnahmen.

Damit wir aber unsere langfristigen Ziele hin zur Reduktion von Treibhausgasen wirklich erreichen, ist es wichtig, die drei Sektoren – Elektrizität, Wärme und Verkehr – stärker zu koppeln. Eine zunehmende Elektrifizierung bei Wärmeversorgung und Verkehr bei gleichzeitiger enger Verzahnung mit der Elektrizitätswirtschaft, die verstärkt auf erneuerbare Energien setzt, ist eine wichtige Grundvoraussetzung zur Erreichung der ambitionierten Klimaziele.

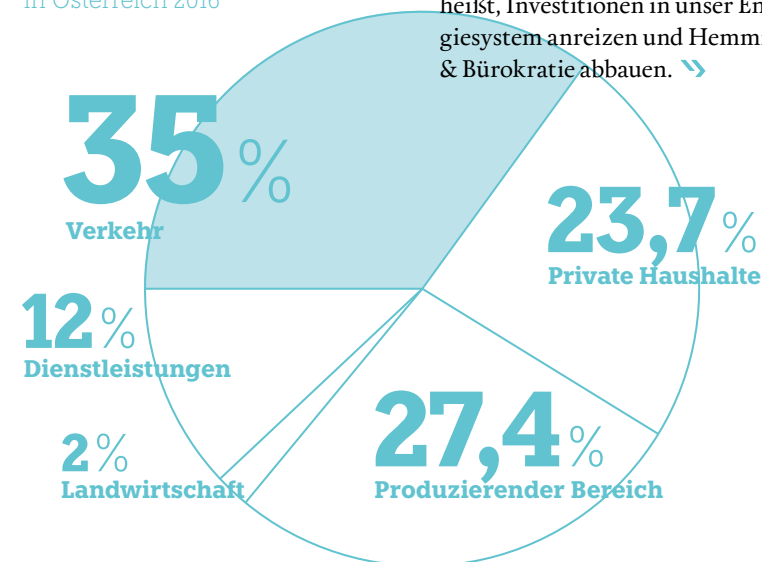
Digitalisierung und Dezentralisierung sind weitere Trends, die eine positive Unterstützung bei der Zielerreichung sind. Digitalisierung ermöglicht den noch effizienteren Einsatz von Energie und die Vernetzung von dezentralen Strukturen. Die Bürgerinnen und Bürger sind nicht mehr länger nur Konsumenten, sondern werden zeitgleich auch zu Produzenten. Durch so genannte Microgrids werden Regionen geschaffen, in denen eine Versorgungssicherheit unabhängig vom Hauptnetz gewährleistet ist. Virtuelle Kraftwerke, also der Zusammenschluss von mehreren Energieerzeugungsanlagen zu einer Einheit, die verlässlich Strom produzieren kann, spielen hier eine wesentliche Rolle. Hier müssen wir die entsprechenden Rahmenbedingungen seitens der Politik schaffen.

Eine große Herausforderung bei den meisten erneuerbaren Energieträgern ist die Entkoppelung von Herstellung und Bedarf. Kann man in einem Kohlekraftwerk noch relativ einfach steuern, wie viel Strom erzeugt wird, ist es bei Wind- oder Photovoltaikanlagen nicht mehr so einfach, den Strom dann zu produzieren, wenn er gebraucht wird. Dementsprechend sind wir darauf angewiesen, dass die Netze und Speichermöglichkeiten weiter ausgebaut werden. Forschung und Innovation in diesem Bereich sollte besonders gefördert werden.

Österreichs Technologieanbieter sind bei erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Green-Tech weltweit führend. Nur ein innovativer Heimmarkt sichert uns internationalen Erfolg und forciert regionale Wertschöpfung & Green Jobs. Gleichzeitig müssen wir die Versorgungssicherheit stärken und unabhängiger von Kohle-, Öl- und Atomstromimporten werden. Das heißt, Investitionen in unser Energiesystem anreizen und Hemmnisse & Bürokratie abbauen. »

Energetischer Endverbrauch

in Österreich 2016



Unsere Maßnahmen

- » Bürokratie-Abbau bei der Genehmigung von Projekten für erneuerbare Energie
- » Mehr Transparenz über die Herkunft des verbrauchten Stroms
- » Verstärkte Sektorkopplung zwischen Elektrizität, Verkehr und Wärme
- » Rahmenbedingungen schaffen, um eine dezentrale Energieversorgung zu ermöglichen
- » Forschung & Innovation in Speichermöglichkeiten von Strom intensivieren

Mobilität und Transport: Standort sichern und Wahlfreiheit ermöglichen

Mobilität ist ein wichtiger Wohlfaktorsfaktor. Österreich muss sich international positionieren, um in transnationalen Projekten eine entsprechende Rolle zu spielen. Die Digitalisierung bringt viele Vorteile auch im Straßenverkehr – Carsharing und Mitfahrbörsen sind nur zwei Anwendungsbeispiele. Österreich sollte sich als Testland für selbstfahrende Autos positionieren. Zudem sollten die Rahmenbedingungen für die Elektrifizierung des Verkehrs verbessert werden – das bedeutet vor allem eine gute Abdeckung von Lade-Infrastruktur. Aber auch Anreize für die Nutzung des öffentlichen Verkehrs sollten geschaffen werden – ein Österreich-Ticket sollte eingeführt werden, mit dem alle öffentlichen Verkehrsmittel in Österreich verwendet werden können.

Für unsere Lebensqualität und für unseren Wohlstand ist Mobilität von Personen und Gütern eine wesentliche Voraussetzung. Ein innovatives und funktionierendes Mobilitäts- und Transportsystem ist nicht nur für das persönliche Wohlbefinden,

sondern auch für die Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität als Standort entscheidend. Österreich schneidet in diversen Rankings bei der Infrastruktur immer gut ab und diesen Standortvorteil gilt es, weiter zu stärken. So wie wir im IKT- und Energiebereich eine leistungsfähige Infrastruktur sicherstellen wollen, müssen wir den öffentlichen Verkehr und insbesondere die Schiene, aber auch unser Autobahn- und Straßennetz unter dem Leitbild der Effizienz modernisieren.

Österreich als Hub bei neuen Projekten.

Österreich liegt in der Mitte Europas und stellt somit allein durch die geografische Lage eine wichtige Drehscheibe dar. Diese Position kann durch die stärkere Entwicklung der transeuropäischen Netze zusätzlich enorm profitieren. Wir möchten sicherstellen, dass große überregionale und geostrategische Infrastrukturvorhaben, wie zum Beispiel das geplante Seidenstraßenprojekt oder auch die

Breitspur, nicht an Österreich vorbeilaufen, sondern wir als Hub ein Teil davon sind. Das verlangt eine stärkere Verknüpfung der Verkehrsträger Straße, Schiene, Wasser und Luft durch eine verbindliche Koordinierung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sowie auch innerhalb der Europäischen Union in Fragen der Raumordnung und Infrastrukturplanung.

Wir brauchen aber auch neue Formen der Mobilität, die sich digitale Technologien zunutze machen. Carsharing und Mitfahrbörsen sind nur zwei der möglichen Anwendungsbereiche. Aber wir müssen auch die entsprechenden Anreize dafür setzen. Wir sollten uns intensiv mit den Möglichkeiten beschäftigen, Verkehr intelligenter zu steuern, zum Beispiel durch Ampelregelungen, die situationsangepasst einen flüssigeren Verkehr ermöglichen.

Aber es soll natürlich auch Anreize geben, den öffentlichen Verkehr öfter zu verwenden. Durch die Einführung eines „Österreich-Tickets“ möchten wir alle öffentlichen Verkehrsmittel in Österreich mit einer Karte nutzbar machen und zusätzlich zahlreiche Ermäßigungen bei Unternehmen ermöglichen. Denkbar wäre auch die Nutzung von Technologie, die eine streckengenaue Abrechnung von Fahrtwegen mit öffentlichen Verkehrsmitteln ermöglicht und gleich automatisch Rabatte bei Verspätungen von Bus oder Bahn gibt.

Für die Zukunft der Mobilität gerüstet sein.

Alternative, umweltschonende Antriebsformen

wie Elektro- oder Hybridmotoren tragen zur weiteren Elektrifizierung unseres Lebens bei. Damit es hier zu einer stärkeren Nutzung kommt, müssen vor allem entsprechende Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden. Wenn man mit einem Elektroauto unterwegs ist, kann man nicht – oder zumindest noch nicht – einfach bei der nächsten Tankstelle stehenbleiben und auftanken. Wir brauchen Ladeinfrastruktur an Orten, wo man das Auto ohnehin einige Zeit stehen lässt. Das ist natürlich zuhause der Fall, aber auch beim Einkaufen, Sporttreiben oder ähnlichen Aktivitäten. Hier braucht es eine Strategie der öffentlichen Hand in Abstimmung mit den privatwirtschaftlichen Anbietern einer solchen Infrastruktur. Aber auch, wenn alternative Antriebe bei PKWs ein wichtiger Zukunftstrend sind, werden Diesel- und Benzinmotoren noch viele Jahre eine wichtige Rolle spielen. Wir wollen hier keine Verbote setzen, sondern vielmehr eine Konsum- und Verhaltensänderung durch positive Anreize erwirken.

Ein weiterer Trend, der unsere Mobilität komplett revolutionieren wird, sind selbstfahrende Autos. Die Entwicklung dieser Fahrzeuge findet derzeit nicht in Österreich statt. Wir können uns aber darum bemühen, Unternehmen, die in diesem Bereich aktiv sind, möglichst attraktive Rahmenbedingungen für erste Testfahrten zu bieten. Österreich hat hier schon erste Schritte gesetzt und sollte sich noch stärker als Testland für selbstfahrende Autos in Europa positionieren. ➤

Unsere Maßnahmen

Mitfahrbörsen und Carsharing forcieren

Digitalisierung nutzen, um Verkehrsfluss effizienter zu steuern

Österreich-Ticket im öffentlichen Verkehr einführen, mit dem alle Verkehrsmittel in Österreich benutzt werden können

Einsatz neuer Technologien zur streckengenauen Abrechnung in öffentlichen Verkehrsmitteln mit automatischer Refundierung im Falle von Verspätungen

Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge

Österreich als Testland für selbstfahrende Autos positionieren

Es ist Zeit aufzubrechen: in eine Zukunft, die jedem von uns Wohlstand und Freiheit ermöglicht.

Wir brauchen einen neuen Aufbruch, wenn wir zurück an die Spitze und unseren Wohlstand langfristig absichern wollen. Das können wir nur schaffen, wenn wir

den Menschen wieder mehr Freiheit geben. Wir müssen die Regulierungswut der Vergangenheit bekämpfen und die

Anzahl der Regeln reduzieren, die es in unserem Staat gibt. Die Regeln, die wir uns geben, sind aber konsequent einzuhalten.

Freiheit heißt aber nicht Willkür – Freiheit hat auch Voraussetzungen. Wir müssen vor allem unseren Kindern die Fertigkeiten dafür vermitteln, dass sie mit ihrer Freiheit auch umgehen können. Das heißt, dass jedes Kind in Österreich die deutsche Sprache so gut wie möglich lernen muss. Das beginnt bereits im Kindergarten. In unserem Schulsystem müssen wir endlich aufhören, über die Organisation zu diskutieren, und uns den Inhalten widmen. Kein Kind in Österreich darf die Pflichtschule verlassen, ohne ausreichend Lesen, Schreiben und Rechnen zu können.

Wir müssen aber nicht nur unsere Kinder fit für die Zukunft machen – jede und jeder Einzelne von uns wird in den kommenden Jahren gefragt sein, sein Wissen und seine Fähigkeiten weiterzuentwickeln. Die Digitalisierung wird immer mehr Lebensbereiche durchdringen und die Art, wie wir leben und arbeiten, nachhaltig verändern.

Bei all den Zukunftsherausforderungen dürfen wir aber auch nicht vergessen, woher wir kommen. Österreich ist eines der schönsten Länder auf der Erde. Es ist international bekannt als Kulturland und diesen Ruf müssen wir auch langfristig stärken und ausbauen. Wir dürfen stolz sein auf unser kulturelles Erbe und stehen zu dem, was uns ausmacht.

Auf dieser Basis können wir es zurück an die Spitze schaffen – nicht für irgendwelche Rankings, sondern für uns alle.

99
In den letzten Jahren ist die Politik in manchen Bereichen falsch abgebogen. Bringen wir Österreich wieder zurück an die Spitze! Nicht für irgendwelche Rankings. Sondern um Wohlstand und Freiheit auch in Zukunft zu sichern – für uns alle.

66


Sebastian Kurz
Bundesobmann der neuen Volkspartei,
Außen-, Europa- und Integrationsminister

Impressum

Österreichische Volkspartei
Lichtenfelsgasse 7
1010 Wien
Tel.: 01/401 26-100
www.oevp.at

Fotos:

Getty Images
Westend61
Strandperle

Wir haben uns bemüht, geschlechtsspezifische Formulierungen in unserem Programm zu verwenden. An einigen wenigen Stellen haben wir aus Gründen der leichteren Lesbarkeit darauf verzichtet und bei Personenbezeichnungen die männliche Form gewählt. Selbstverständlich beziehen sich die Angaben in gleicher Weise auf Frauen und Männer.

Trotz sorgfältiger Prüfung sind Fehler nicht ausgeschlossen und es besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit.

